



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

D 2835 E

6 Frankfurt/Main 1
November 11/68
1.— DM

elan

Werde... Elan!



REVOLUTION IN DEUTSCHLAND



Lieber Leser,

Jetzt ist es heraus. Was immer von ihm selbst und seinen Hilfwilligen aus der SPD-Führung bestritten wurde, am 16. Oktober gab Bundeskanzler Kiesinger im Bundestag unmißverständlich zu verstehen, daß in seinem Lexikon das Wort „Entspannung“ mit „Abkehr vom Sozialismus“ definiert wird. Zur These der Länder des Warschauer Paktes, daß ein Land, das einmal sozialistisch geworden sei, immer sozialistisch bleibe, meinte der Kanzler: Das bedeute, auch „eine friedliche Annäherung zwischen West- und Osteuropa“ werde von der Sowjetunion jederzeit „als eine Gefährdung und Bedrohung“ angesehen.

Mit der „Doktrin“ vom Festhalten am Sozialismus würde die „zeitweilige Spaltung Deutschlands verewigt“, klagt Kiesinger weiter. Wir danken für die Aufklärung.

Die Große Koalition kann sich Entspannung und Friedensordnung nur als Beseitigung des Sozialismus in Deutschland und in Osteuropa vorstellen. Rufen wir uns ins Gedächtnis zurück, daß Kiesinger, wie er Ende August betonte, den Status quo in Europa zu verändern wünscht, erinnern wir uns an die Tatsachen, daß die DDR ebensowenig anerkannt wird wie die Oder-Neiße-Grenze, daß nicht einmal das Münchener Abkommen von Beginn an als ungültig erklärt wird. Und es wird ein außenpolitisches Programm sichtbar, das auf eine Weise ganz gewiß nicht realisiert werden kann: auf friedliche.

Die Bonner „Friedenspolitik“ soll fortgesetzt werden, bis vom Sozialismus nichts mehr übrig ist und das Rad der Geschichte auf die Position des Kapitalismus zurückgedreht ist. Und zwar von der lebensgefährlichen Illusion ausgehend, „daß das, was heute noch nicht sein kann, vielleicht morgen oder übermorgen möglich sein wird“ (Kiesinger).

Dafür will Strauß mit einer Dreiviertel-Milliarden-Spritze und indirekten Militärausgaben den Rüstungsetat auf Rekordhöhe treiben. Dafür wurde dem Atomwaffen-sperrvertrag der Kampf angesagt. Dafür soll die Jugend mit einer Wehrsteuer oder mit einem Mini-Sold bei der Bundeswehr Opfer bringen.

Acht Wochen nach dem 21. August wurde die Verschleierungstaktik für kurze Zeit aufgegeben und — mehr oder weniger — Klartext gesprochen: Man wollte dem Sozialismus an den Kragen und sich eine bessere Ausgangsposition in Europa verschaffen, jedoch die Warschauer-Pakt-Staaten haben es bemerkt, so ein Pech.

Die APO wird sich wieder stärker dem alten Europa zuwenden müssen. Denn hier ist noch immer keine Sicherheit für den Frieden.

In Europa stellt eine Regierung, die aus dem 21. August 1968 ebenso keine realistischen Erkenntnisse zieht wie sie die Lehren des 13. August 1961 mißachtete, einen ständigen Unruhefaktor dar. Bonn will wie bisher weitermachen, aber wir sollten die Regierenden zwingen, eine Politik zu treiben, die dem Osten keinen Anlaß mehr für Roßkuren a la 21. August gibt. Dazu gehört der entschlossene Kampf gegen Neonazis und Grenzveränderer, die Entlarvung der Funktion der NATO, die Verbreitung des Gedankens einer beiderseitigen Abrüstung und eines Atomwaffenverzichts. Es ist viel zu tun.

Herzlichst Ihr

Ulrich Sander

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
frs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

November
revolution
1918

Die Un- vollendete

Bernd
Schönauer
Hermann Sittner



In der Nacht des 31. Oktober 1918 geht das III. Geschwader der kaiserlichen Kriegsmarine im Hafen von Kiel vor Anker. Noch auf hoher See hatten die Kommandeure mit einer großen Verhaftungsaktion gegen Matrosen begonnen, die in keine neue sinnlose Schlacht mehr gehen wollten. Zwei Tage später beschließen die Vertrauensleute der Matrosen, für den nächsten Tag zu einer Protestversammlung aufzurufen. In der Nacht werden Handzettel verteilt. „Kameraden“, heißt es darin, „schießt nicht auf eure Brüder. Arbeiter demonstriert in Massen!“

Der Militäركommandant gibt Befehl, die Demonstration, der sich viele Arbeiter und Frauen mit ihren Kindern angeschlossen haben, niederschlagen.



Karl Arlt, ein Oberheizer, der führend an der Vorbereitung des Aufstandes beteiligt war, erinnert sich an diesen Tag: „Wir entwaffneten die Patrouillen mühelos. Vor dem Kaiser-Café empfing uns plötzlich Maschinengewehrfeuer. Unser Demonstrationszug stoppte. Als wir feststellten, daß niemand getroffen worden war, gingen wir weiter. Daraufhin schossen die Maschinengewehrschützen direkt in unseren Zug hinein.“ Acht Demonstranten werden getötet, 29 verwundet.

Das Signal aus Kiel

Matrosen und junge Arbeiter stürmten die MG-Stellung. Der bewaffnete Aufstand begann. In der Nacht wurden in den Kasernen und auf den Kriegsschiffen Matrosen- und Soldatenräte gewählt. Am Mittag des 4. November hatte die Revolution in Kiel 20 000 Matrosen, Soldaten und Arbeiter unter Waffen. Innerhalb von vier Tagen griff die Revolution auf ganz Deutschland über; nur in Berlin herrschte noch eine trügerische Ruhe.

Der Kieler Aufstand war das Signal für die Revolution, er war der Funke, der ein Pulverfaß, dessen Lunte schon lange glimmt, zur Explosion brachte. Die große Mehrheit der Armee war des Krieges überdrüssig, und die antimilitaristische Propaganda der Linken half vielen Soldaten, die Sinnlosigkeit und den Charakter dieses Krieges zu erkennen. In der Heimat trieben Not und Elend die Frauen zu Hungerdemonstrationen auf die Straße. Die steigende Ausbeutung in den Betrieben, der sich verschärfende Terror, mit dem der Staatsapparat gegen jegliche Antikriegs-Propaganda vorging, — das alles führte große Teile der Arbeiterschaft und der Soldaten zu der Erkenntnis: So wie bisher können wir nicht mehr leben. Wir müssen Änderungen fordern und erkämpfen.

Wenn der Kaiser nicht abdankt ...

Zu spät erkannten die Herrschenden, daß auch sie nicht mehr „in der alten Weise leben und herrschen“ konnten. Reichskanzler Max von Baden hatte versucht, durch die Hereinnahme sozialdemokratischer Politiker in sein Kabinett und durch die Ankündigung von Reformen den Ausbruch der Revolution zu verhindern. „Wenn der Kaiser nicht abdankt“, drängte am 7. November der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert, „dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Pest.“

Wilhelm II. befindet sich zu diesem Zeitpunkt im Großen Hauptquartier zu Spa. Auf einer Beratung am 9. November empfiehlt er, Truppen von der Front abzuziehen, um sie in der Heimat zur Niederschlagung der Revolution einzusetzen. Die Mehrheit der Kommandeure muß jedoch erklären, daß ihre Truppen „nicht mehr zuverlässig“ seien oder gar auf die Seite der Revolution übergehen würden.

In den Morgenstunden des 9. November erkannte Reichskanzler Max von Baden: „Wir können die Revolution nicht mehr niederschlagen, sondern nur noch ersticken.“

Die Revolution hatte die Hauptstadt erreicht; Berlins Arbeiter waren in den Generalstreik getreten. In den Nachmittagsstunden gab Max von Baden die Abdankung Wilhelm II. bekannt. Das Amt des Reichskanzlers übertrug er Friedrich Ebert.

Nicht nur in Berlin waren die Massen auf den Straßen, überall im Reich fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Immer lauter wurde die Forderung nach einem sozialistischen Deutschland.

Rote Fahne in Villa Hügel

Im Stammsitz der deutschen Kanonenkönige, in der Villa Hügel in Essen, ging in dieser Nacht das Licht nicht aus. Bewaffnete Diener patrouillierten durch die Korridore. Erstmals in der hundertjährigen Krupp-Geschichte verweigerte die 170 000 Mann starke Arbeiterarmee des Kanonenkönigs den Gehorsam. Geschlossen war sie am Morgen des 9. November in den Streik getreten.

In aller Eile mußten Dienstmädchen eine rote Fahne nähen. Sie sollte gehisst werden, wenn die revolutionären Arbeiter zum Sturm auf die Krupp-Bastille ansetzen sollten. Die Krupparbeiter stürmten nicht. Aber sie forderten die Sozialisierung der Rüstungsindustrie und die Enteignung der Kriegsverbrecher.

Diese und ähnliche Forderungen wurden überall in Deutschland erhoben. In der Nacht zum 9. November kamen Delegierte des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates nach Zwickau. In den Morgenstunden ging die Leitung der Garnison an einen Soldatenrat über. Um 11 Uhr wehte erstmals in der Geschichte der Stadt die rote Fahne auf dem Rathaus.

Auf einer Großkundgebung erläuterten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates ihr Ziel: „... der Bevölkerung den dauerhaften Frieden und die Freiheit zu bringen. Das bedeutet die Beseitigung des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates, an dessen Stelle die sozialistische Republik zu treten hat.“

Aber die Revolutionäre machten folgenschwere Fehler. Sie beseitigten nicht die Machtinstrumente des alten Staates. Der alte Staatsapparat blieb intakt, in Zwickau, in Essen und überall in Deutschland.

Die Tragik der Novemberrevolution bestand darin, daß die große Mehrheit des Volkes den Sozialismus wollte, jedoch unklar und uneins über den Weg und die Mittel war, mit denen der Sozialismus erreicht werden konnte.

Die Früchte der Marx-Reformer

Seit der Jahrhundertwende hatten Marx-Reformer wie Eduard Bernstein und Karl Kautsky Illusionen in den Köpfen der Arbeiter genährt. Unter dem Vorwand, man müsse den Marxismus den neuen Verhältnissen anpassen, hatten sie dafür gewirkt, die Sozialdemokratische Partei vom revolutionären marxistischen Weg abzudrängen und sie auf einem reformistischen Kurs zu gängeln.

Sie hatten gepredigt, daß die Arbeiterklasse mit dem Stimmzettel an die Macht gelangen und mittels parlamentarischer Mehrheitsbeschlüsse den Sozialismus einführen könne. Dieser Irrweg mündete in der Konzeption von einem sogenannten „dritten Weg“. Er sollte sowohl die Diktatur der Bourgeoisie als auch die Diktatur des Proletariats ausschließen und über die „reine Demokratie“ zum Sozialismus führen.

Als die Revolution, die sie nicht gewünscht hatten und die sie haßten, „wie die Pest“, nicht mehr aufzuhalten war, stellten sich die Führer der Sozialdemokratie an ihre Spitze. Mit ihren Reden über eine „soziale Republik“ und über die „Sozialisierung“ der dazu reifen Industriezweige, erweckten sie den Eindruck, als ob mit der Abdankung des Kaisers der Weg in ein sozialistisches Deutschland frei sei.

Der „dritte Weg“ der Reformisten erwies sich im Verlauf der Novemberrevolution als eine „Umleitung“, die zurückführte auf den Weg der Restauration der alten Machtverhältnisse. Er führte seine Verfechter zum Verrat an der Revolution und in die Große Koalition mit der Bourgeoisie.

Anstatt alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu geben und diese Macht zu sichern, anstatt die Träger der alten Ordnung aus ihren Machtpositionen zu entfernen, entschied sich der Rat der Volksbeauftragten zur Einberufung der Nationalversammlung.

Ein überlebtes Erbstück

Diese Entscheidung stieß auf scharfe Kritik des Spartakusbundes, der für die Weiterführung und für den Sieg der Revolution eintrat. Rosa Luxemburg bezeichnete in einem glänzenden Artikel, der am 20. November erschien, die Nationalversammlung als „ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen“.

An die Adresse Kautskys und jener sozialdemokratischen Führer gewandt, die „das ABC des Sozialismus“ vergessen hatten, schrieb sie: Nicht „Demokratie oder Diktatur“ lautet die Frage, sondern „bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie“. Wirkliche Demokratie setzt jedoch die „Beseitigung der ökonomischen und sozialen Machtmittel der Bourgeoisie“ voraus. Wenn auf diese Weise „die Bourgeoisie ins Herz getroffen wird — und ihr Herz schlägt im Kassenschrank — wird sie auf Tod und Leben ringen“.

Mit anderen Worten: Wenn die Arbeiterklasse ernsthaft daran geht, die Großindustriellen und Großgrundbesitzer zu enteignen, wenn sie ihnen so das ökonomische Fundament ihrer politischen Macht zerschlägt, dann wird die Konterrevolution mit allen Mitteln Widerstand leisten.

Der Bourgeoisie fehlten in der ersten Phase der Novemberrevolution die Mittel und die Kraft, die Revolution im Frontalangriff niederrzuschlagen. Sie benötigte einen Helfer, der Einfluß auf die Massen hatte und der in der Lage war, die revolutionäre Bewegung in die gewünschte Richtung zu kanalisieren. Sie fand diesen Helfer in der Führung der SPD.



Demonstration streikender Munitionsarbeiterinnen im April 1917

Ein aufschlußreiches Geheimdokument

In der Nacht vom 9. Nov. schlossen Friedrich Ebert und der spätere Reichswehrminister Groener einen Geheimpakt (siehe: DER KAI SER GING..., Seite 10). Und während die revolutionären Arbeiter und Soldaten glaubten, die Revolution habe gesiegt, ging die Konterrevolution zum verdeckten Angriff vor.

Am 10. November stand für die Oberste Heeresleitung fest, daß in fast allen Einheiten an der Front und in den Ersatztruppenteilen Soldatenräte entstanden waren. Sie gewannen immer stärkeren Einfluß, die Kommandeure waren nicht mehr Herr ihrer Truppe.

Daraufhin telegraphierte Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armeoobekommandos: „Nachdem die Bildung von Soldatenräten in den Feldheer bereits eingedrungen ist und m. E. durch Widerstand nicht mehr aufgehalten werden kann, ist es notwendig diese Bewegung in die Hand der Offiziere zu bekommen“.

Aus dieser Zeit existiert ein Geheimdokument, das erst kürzlich entdeckt wurde. Es handelt sich um das geheime politische Tagebuch der Abt. 18 beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. Dieses Dokument enthüllt, wie die Generalstäbler den Soldatenrat, der sich bei der obersten Heeresleitung gebildet hatte, dazu benutzt haben, auf indirekte und raffinierte Weise die Soldaten zu beeinflussen.

Die Eintragung vom 14. November lautet folgendermaßen:



Chronik

3. 10. Prinz Max v. Baden wird neuer Reichskanzler

4. 10. Die rechten SPD-Führer Bauer und Scheidemann treten in das kaiserliche Kabinett ein.

7. 10. Reichskonferenz der Spartakusgruppe mit Vertretern der Linksradikalen

23. 10. Liebknecht wird aus dem Zuchthaus Luckau entlassen.

28. 10. Matrosen der Hochseeflotte weigern sich, gegen die englische Flotte auszulaufen

3. — 4. 11. Kiel wird durch revolutionäre Arbeiter und Matrosen besetzt

bis 8. 11. Die Revolution dehnt sich auf fast alle größeren Städte im Reich aus.

9. 11. Generalstreik und bewaffnete Demonstration in Berlin. Liebknecht ruft Stunden später die sozialistische Republik aus, Scheidemann die freie deutsche Republik.

10. 11. Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wählt im Zirkus Busch einen Vollzugsrat für Berlin. Bildung einer provisorischen Regierung mit Haase, Dittmann, Barth (USPD) und Ebert, Landsberg, Scheidemann (SPD). Ebert schließt einen Geheimpakt mit General der Obersten Heeresleitung Groener, um die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern.

Der Führer der revolutionären Arbeiter und Soldaten, Karl Liebknecht ruft die freie sozialistische Republik aus

Flugblatt des „Bluthundes“ Noske

„Es wird veranlaßt, das der S.-Rat bei der OHL wiederholt Flugblätter an die Fronttruppe herausgibt, in denen auf dem Wege „Soldatenrat“ der Truppe das gesagt wird, was die OHL zur Zeit für nötig hält. Um auch auf den revolutionär gesinterten Teil des Feldheeres Einfluß zu gewinnen, wird diesen Flugblättern immer eine Einleitung vorangestellt, die anerkennend von den Errungenschaften der Revolution spricht. Ausgabe der Flugblätter behält die OHL in der Hand.“

Formierung der Konterrevolution

Das Bündnis, das die Führung der SPD mit den Herrschenden einging, ermöglichte es der Konterrevolution, sich zu formieren. Unter dem Vorwand, die Gleichberechtigung des Bürgertums zu sichern und eine „einseitige Klassenherrschaft“ zu verhindern, wurden am 13./14. November in vielen Städten sogenannte Bürgerräte gebildet. Sie wurden am 5. Januar 1919 zu einem Reichsbürgerrat zusammengefaßt, der eine gewichtige pressouren group darstellte.

Bereits im Dezember begann die Aufstellung von Freikorps. Während Arbeiter und Soldaten aufgefordert wurden, Waffen und Munition abzugeben, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen, bewaffnete sich die Konterrevolution.

Der Antikommunismus wurde zum Mittel der Irreführung der Massen, die kräftig geschürte Furcht des Kleinbürgertums vor den Folgen einer in den schwärzesten Farben geschilderten Sozialisierung trieb der Bourgeoisie Verbündete zu.

Den entscheidenden Anteil an der Niederlage der Revolution hatten die Führer der SPD. Allerdings ernteten sie für ihre Hilfsdienste bei der Restaurierung der kapitalistischen Machtverhältnisse keinen Dank.

Die Herren im Fürstenhof

Schon im Februar 1919 schrieb General Lüdendorff: „Die größte Dummheit der Revolutionsäre wäre es, daß sie uns alle leben ließen. Na, ich komme einmal wieder zur Macht, dann gibt's keinen Pardon. Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen und baumeln sehen.“

Das Geständnis eines Mörders

Öffentlich erklärte Hauptmann Pabst, der Stabschef der berüchtigten Gardekavallerie-Schützen-Division, der am 15. Januar 1919 den Befehl zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erteilte: „Selbstverständlich leitete uns nicht der Wunsch, die Sozialdemokratie in den Sattel zu heben oder einen sogenannten demokratischen Staat nach westlichem Muster aufzurichten, sondern wir wollten und mußten zunächst einmal — weil es bei der damals in Deutschland herrschenden Stimmung und angesichts des Alpdrucks des äußeren Feindes anders nicht ging — ein Stück mit der Sozialdemokratie marschieren, um unseren gemeinsamen Feind, den ‚Spartakismus‘ abzuwürgen. War dies gelungen, dann wollten wir unseren bisherigen Verbündeten die Rechnung vom November 1918 vorlegen und von ihnen begleichen lassen.“

Mit brutaler Offenheit wird in diesem Geständnis eines Mörders deutlich, daß die Herrschenden überhaupt nicht daran dachten, den Verrat ihrer Juniorpartner zu honorieren und sie ernsthaft an der Macht zu beteiligen.

Sehr bald mußten die Arbeiter am eigenen Leibe erfahren, daß die Herrschenden rücksichtslos von der Macht Gebrauch machten, die ihnen nicht genommen worden war. In der Nacht des 9. November 1918 hatte Krupp um Leben und Besitz gebangt und eine rote

Fahne zum Hissen bereitlegen lassen. Wenig später beantwortete er die Forderung des Erfurter Kongresses der Rüstungsarbeiter nach einer sofortigen Enteignung der Rüstungsindustrien mit der fristlosen Entlassung von 100000 Arbeitern. Über Nacht verloren zwei von drei Kruppianern ihren Arbeitsplatz. Der Kaiser mußte gehen, Krupp und seine Compagnons bleiben die ungekrönten Könige Deutschlands.

Aus der Trickkiste der Fälscher

Aber die Decke, auf der sie in den Tagen der Revolution standen, war dünn. Niemals vorher waren sie einer Trennung von der Macht so nahe gewesen. Deshalb mußten ihre Historiker antreten, um diesen unerhörten Vorgang und seine Bedeutung zu retuschieren bzw. zu verfälschen.

Unter den Federhaltern der Geschichtsfälscher wurde der bedeutendste Versuch der Deutschen, das Grundproblem der Nation — die Macht des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und eine echte demokratische Entwicklung einzuleiten — zu lösen, in eine simple „Matrosenmeuterei“ umgemünzt.

Die Bedeutung der Novemberrevolution wurde bewußt heruntergespielt als „unzeitgemäße Revolte des Heimattheaters“, als „zwielichtiges Ereignis“. Und diese Märchen finden ihre Nachbeter bis in die jüngste Zeit. Vorwärts-Redakteure möchten den Verrat ihrer reformistischen Urahnen vergessen machen, indem sie die Revolution in eine „Rebellion“ umtaufen. Die dem Bosch-Konzern verpflichtete „Stuttgarter Zeitung“ spricht 1958 von einem „negativen Jubiläum“, da Deutschland „seit 40 Jahren keinen Kaiser“ mehr habe.

Die Herren im Fürstenhof

Wie ernst, ja, zum Teil hoffnungslos Deutschlands mächtige Herren von Kohle und Stahl ihre Lage einschätzten, zeigt eine Episode aus den Tagen der Revolution. Am 5. Dezember 1918, als das Abkommen zwischen Bourgeoisie und SPD-Führung längst funktionierte, trafen sich im Fürstenhof in Dortmund namhafte Industrielle von Rhein und Ruhr. Im großen Sitzungszimmer des Hotels versammelten sich August und Fritz Thyssen, Edmund Stinnes, Bergassessor Stens, Kommerzienrat Küchen und die Direktoren Becker und Wirtz.

Sie vereinbarten, Truppen der Entente zur Niederschlagung der Revolution ins Land zu rufen und das gesamte rheinisch-westfälische Gebiet von Deutschland abzutrennen. In der Stunde, da sie ihre Macht gefährdet sahen, scheuten sie nicht vor der Spaltung Deutschlands zurück — wie 1949.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim/Ruhr, der von diesen Plänen erfahren hatte, ließ die Teilnehmer der Fürstenhof-Beratung verhaften und in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit bringen. Die Regierung Ebert ließ die Konzernbosse nach viertägiger Haft frei...

Lenin charakterisierte Arbeiterführer dieses Schläges als „wirkliche Agenten der Bourgeoisie... wirkliche Schriftsteller des Reformismus und Chauvinismus.“ Und er vermutete nicht zu Unrecht: „Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich... unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie.“

Was wäre, wenn?

Wie würde die heutige Weltkarte aussehen, wenn die deutsche Arbeiterklasse im Novem-

ber einig und geschlossen angetreten wäre, wenn sie die Macht in Deutschland erkämpft hätte? Diese Frage ist legitim, ja, notwendig, weil ihre Beantwortung wichtige Schlüssefolgerungen für die Enkel der gescheiterten Revolution enthält.

Kein Krupp hätte sich vor seinem Führer damit brüsten können: „Es ist das große Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen schlimmen Jahren nicht untätig gewesen ist... In jahrelanger, stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereitzustehen.“

Kein Faschismus hätte in Deutschland die Macht erlangen und die Welt mit dem furchtbaren aller Kriege überziehen können. Es würde ein Deutschland in den Grenzen von 1918 geben; und es hätte 1949 keine deutsche Bourgeoisie mehr gegeben, die das Land hätte zweiteilen können.

Wo könnten Deutschland, Europa und die Welt ohne die 1919 einsetzende Restaurierung, ohne Faschismus und Krieg heute stehen? Was der deutschen Arbeiterklasse in den Novembertagen des Jahres 1918 fehlte, das war eine marxistisch orientierte, revolutionäre Partei, die in der Lage gewesen wäre, sie zum Sieg zu führen.

Was ihr fehlte, war das Wissen, daß eine Revolution nur zu gewinnen ist, wenn die Frage der Macht gestellt und entschieden wird. Was ihre Kampfbereitschaft lähmte, war der Verrat, und was ihre Aktion die Schlagkraft nahm, das war die Illusion von einem dritten Weg.

So blieb die Novemberrevolution eine „Unvollendete“. Die Folgen mußten die Arbeiterklasse und das ganze Volk teuer bezahlen.

Als Mitte Januar 1919 die Niederlage Tatze geworden war, schrieb Karl Liebknecht in seinem politischen Vermächtnis seinen letzten Artikel:

„Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre... Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht ist — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Die Unvollendete

Heute wird viel von der Revolution gesprochen, die ihren Ausgang von der jungen kritischen Intelligenz nehme, die die erstarren Formen der etablierten Macht überwinden sollte. Diese These wird auch von bürgerlichen Zeitungen eifrig verbreitet, um von den Grundfragen der Revolution, den Fragen der Macht im Staate und der Stellung der großen Mehrheit in dieser Revolution, der Stellung der einig handelnden Arbeiterklasse abzulenken.

Zudem kann über diese These nur abstrakt diskutiert werden, sie ist nirgends verwirklicht.

Man mag über den Weg der Sozialisten der DDR unterschiedlicher Meinung sein. Tatsache ist: Ihre Partei ist die erfolgreichste deutsche Arbeiterpartei. Tatsache ist: In der DDR wurde nach 1945 nachgeholt, was die Revolutionäre 1918 versäumten. Zwischen Kiel und Bodensee hingegen herrschen noch immer die Kräfte, die für zwei Weltkriege die Schuld tragen und die sich mit den Ergebnissen des letzten Krieges nicht abfinden wollen.

Die endgültige Auseinandersetzung mit ihnen steht aus. Und sie ist für das ganze Volk im Zeitalter der atomaren Waffen zu einer Existenzfrage geworden.

Chronik

10. 11.

In einer Zehn-Punkte-Erklärung ruft die Spartakusgruppe zur Weiterreibung der Revolution und zur Übernahme aller Macht durch die Räte auf.

11. 11.

Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Compiègne.

Die Spartakusgruppe konstituiert sich im Hotel „Excelsior“ in Berlin als Spartakusbund. Die Volksmarinedivision, die sich in den vergangenen Tagen gebildet hat, wird dem am 9. 11. in Berlin eingesetzten linken Polizeipräsidienten Eichhorn (USPD) unterstellt.

12. 11.

In Hamburg löst der Arbeiter- und Soldatenrat die alten Staatsorgane auf.

13. 11.

F. Seldte bildet den militaristischen Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ in Magdeburg.

14. 11.

Der Spartakusbund führt seine erste Massenversammlung in Berlin durch. Der Kommandant der Volksmarinedivision Wieczorek wird von einem reaktionären Offizier ermordet.

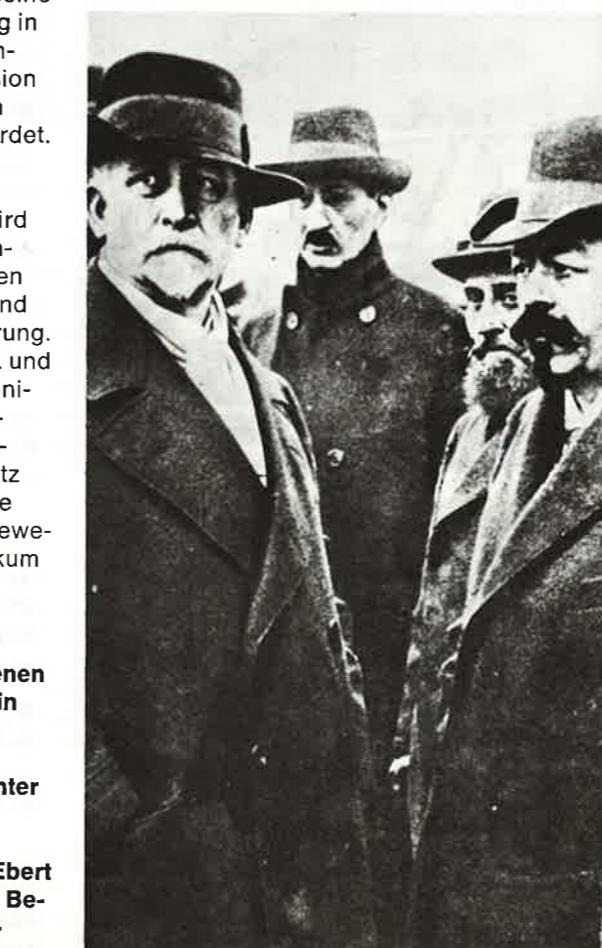
15. 11.

Der Rote Soldatenbund wird gegründet. Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen Unternehmerverbänden und rechter Gewerkschaftsführung. Bekanntmachung der OHL und des preußischen Kriegsministeriums über Zusammenstellung eines Armeeoberkommandos „Heimatschutz Ost“. Freiwilligenverbände sollen die revolutionäre Bewegung in Finnland und Baltikum unterdrücken.

Trauerzug für die gefallenen Arbeiter am 6. 12. in Berlin

Die konterrevolutionären Truppen formieren sich unter Führung Noskes

Die „Volksbeauftragten“ Ebert und Scheidemann bei der Be stattung der Revolutions kämpfer



Am 20. November ist es soweit:

Bis dahin sollte die Abonnementsbestellung für Ihre DDR-Zeitschrift bei uns eingegangen sein!

(Selbstverständlich können Sie auch später bestellen. Allerdings ist dann die vollständige Nachlieferung der ersten Nummern des neuen Jahrgangs nicht gewährleistet.)

Die folgenden Zeitschriften empfehlen wir Ihrer besonderen Aufmerksamkeit:

Wissenschaft/Politik

Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge

Bringt Übersetzungen aus den führenden sowjetischen Zeitschriften. Monatl. — Jahresabo. DM 21,60

DWI-Berichte

Analysen der Wirtschaft der Bundesrepublik Monatl. — Jahresabo. DM 12,00

DWI-Forschungshefte

Jeweils ein politisches Thema in einem Heft. vierteljährlich — Jahresabo. DM 12,00

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

Monatl. — Jahresabo. DM 48,00

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

8 x jährl. — Jahresabo. DM 28,00

Sinn und Form

Beiträge zur Literatur. 6 x jährl. — Jahresabo. DM 24,00

Sowjetwissenschaft — Kunst und Literatur

Übersetzungen Monatl. — Jahresabo. DM 24,00

Hobby/Unterhaltung

Das Magazin

Unterhaltung für Jedermann. Monatl. — Jahresabo. DM 12,00

DDR-Revue

Das Magazin aus der DDR. Monatl. — Jahresabo. DM 18,00

Jugend und Technik

Monatl. — Jahresabo. DM 14,40

Frösi — Fröhlich sein und singen

Spiel und Bastelmagazin für Jungen und Mädchen. Monatl. — Jahresabo. DM 8,40

Funkamateure

Zeitschrift für Funkamateure und Radiobastler. Monatl. — Jahresabo. DM 30,00

Die Preise verstehen sich ohne Versandkosten und Mehrwertsteuer, die hinzurechnet werden müssen, da der Versand ab Düsseldorf erfolgt. — Probeexemplare erhalten Sie gegen Voreinsendung von DM 0,80 in Briefmarken.

Brücken-Verlag GmbH.

4 Düsseldorf
Ackerstraße 3
Postfach 1928





Strafprozeßordnung der Kommune 1

DIE ZEIT zählte „Klau mich“ zu den fünf wichtigsten Sachbuch - Neuerscheinungen auf der Frankfurter Buchmesse 1968

In diesem Buch zeigen die Kommunarden ihren Weg durch die Berliner Gerichte anhand von Dokumenten, Anklageschriften, Prozeßprotokollen, Zeitungsausschnitten u. a. und geben Anleitungen zum erfolgreichen Verhalten vor diesen staatlichen Organen.

Die Mitglieder der Kommune 1 unterlaufen in ihren provozierten Strafprozessen aus mehr oder minder nichtigen Anlässen das engmaschige Netz der deutschen Justiz. Ihr alle Konventionen sprengendes Verhalten führt die Gesetzmachinerie und deren anachronistische Repräsentanten ad absurdum. Die Lächerlichkeit tötet sie? Die Justizreform wird auch an der Beantwortung dieser Frage gemessen werden.

Das Strafregister der Kommunarden umfaßt zumeist Ordnungsstrafen wegen „Ungesetzlichen Verhaltens“, „Mißachtungen“ verschiedener Institutionen und Persönlichkeiten in stattlicher Anzahl. Die zentrale Motivation des Frankfurter-Angriffs auf die geheiligten Piedestale „unsrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wird durch die Lektüre des Bandes „Klau mich“ evident: Die bisher allgemein akzeptierte, Richter wie Angeklagte gleichermaßen verbindende Basis wird negiert, der gesellschaftliche Rahmen gesprengt. Die Satire will hier nicht Justizkritik üben, sie ersetzt in ihrer Totalität die antiquierten Rechtsnormen bereits!

208 mehrfarbige, z. T. illustrierte Seiten.
DM 10,-.
Voltaire Handbuch 2

Edition Voltaire
6 Frankfurt/M. 70
Paul-Ehrlich-Str. 25



Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Chronik

Zweite Novemberhälfte

Der Spartakusbund ruft wiederholts dazu auf, die Revolution weiterzuführen. Die Reaktion baut konterrevolutionäre „weiße“ Gardes auf, um die Revolution niederschlagen zu können.

29. 11.

In Bremen findet ein politischer Streik statt, an dem sich 20000 Werftarbeiter beteiligen.

Dezember 1918

Revolutionäre Massenkundgebungen des Spartakusbundes in Berlin, Halle, Düsseldorf. Putschversuche werden im Ruhrgebiet von Arbeitern verteilt.

16. 12. — 21. 12.

Der Reichsrätekongress, auf dem die SPD die Mehrheit hat, lehnt eine Übertragung der Macht auf die Räte ab. Der Kongress beschließt Wahlen zur Nationalversammlung für den 19. 1. 1919.

24. 12.

Angriff auf die Volksmarinedivision wird zurückgeschlagen.

30. 12. — 1. 1.

Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, in Berlin.

8. 1. 1919

Unter Leitung des SPD-Führers Noske beginnt der Angriff der Reichswehrtruppen auf die revolutionären Arbeiter.

15. 1.

Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Von oben nach unten:
Die Reaktion beginnt offen mit der Zerschlagung der Revolution.

Flugblatt des Stahlhelm

Straßenkampf im Berliner Zeitungsviertel

Konterrevolutionäre auf dem Brandenburger Tor

Die am 15. 1. ermordeten Führer der Revolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Karl Hubert Reichel

Der Kaiser ging, die Generale blieben



Am 2. und 3. Juli 1918 kommt in Spa die militärische und zivile Führungsspitze des Kaiserreiches unter Vorsitz Wilhelm II. zusammen. Nach dem Friedensschluß in Brest schweigen im Osten die Waffen. In Spa geht es um die Kriegsziele im Westen und um eine neue Großoffensive an der Westfront, die die Entscheidung bringen soll.

Der folgende Vorabdruck aus dem Buch „Wie macht man Kriege?“ von Karl Hubert Reichel (ca. 220 Seiten, Paperback, DM 5,90, Weltkreisverlag, Auslieferung: Anfang Dezember) behandelt die letzten Tage des Kaiserreiches und die erste Periode der Nachkriegszeit, in der schon wieder Kurs auf eine neue Vorkriegszeit genommen wird.

Die Redaktion

Bereitwillig gewährt der Reichstag am 13. Juli den 12. Kriegskredit in Höhe von 15 Milliarden RM. Die SPD-Fraktion stimmt brav zu, und auch aus ihren Reihen kommen Pfuirufe, als der Sprecher der USPD erklärt: „Wir werden auch heute die geforderten Kriegskredite ablehnen. Der Krieg ist niemals ein Verteidigungskrieg gewesen . . . auch im Westen (wird ein) Eroberungs- und Vergewaltigungsfrieden“ angestrebt.¹

Die Offensive an der Westfront scheitert. Wie eh und jeh haben die deutschen Militärs ihre eigene Stärke bei weitem über-schätzt. Der Krieg ist für Deutschland militärisch verloren.

DIE INDUSTRIE GREIFT EIN. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, — das ist der Tenor der zweiten Spa-Konferenz am 14. August. „Das Ziel sei dasselbe und sei zu erreichen“² meint die Oberste Heeresleitung. Auch jetzt glaubt die militä-

rische Prominenz des Kaiserreiches, der Krieg sei noch zu gewinnen.

Die Herren der Industrie sehen die Lage nüchtern. Sie schreckt das „russische Beispiel“, die Oktoberrevolution des Jahres 1917, und angesichts der raschen Revolutionierung der deutschen Arbeiterschaft fürchten sie die sich abzeichnende „Revolution von unten“, die ihre Macht in Frage stellt.

Ende August beraten die Wirtschaftsführer Stinnes und Ballin in Hamburg, wie dieser Gefahr begegnet werden kann.

FRONTBILDUNG GEGEN BOLSCHEWISMUS. Auf einen kurzen Nenner gebracht gehen die Vorstellungen von Stinnes und Ballin dahin:

- Friede im Westen. Die in Frankreich und Belgien besetzten Gebiete sollen dabei als Faustpfänder dienen;
- Demokratisierung des Reiches unter der Bezeichnung „Modernisierung“ noch vor Beginn der Waffenstillstands-Verhandlungen;
- Frontbildung gegen den Bolschewismus.³

Kaiser und Generalität stimmen diesem Kurs zu: Prinz Max von Baden wird Reichskanzler; Erzberger, der Führer des Zentrums und Scheidemann, Mitglied der SPD-Parteiführung, werden in das Kabinett der letzten kaiserlichen Regierung berufen.

Die „Flucht nach vorn“ kommt zu spät. Im Oktober spalten sich die Gegensätze zwischen dem herrschenden System und den unzufriedenen Arbeitern und Soldaten zu. Am 3. November beginnt die Revolution in Deutschland mit dem Aufstand der Kieler Matrosen.



Kanonenkönig Krupp
Konterrevolutions-General Noske
Pazifist auf Zeit Stresemann
Ebert im Kreis seiner Freunde
Scheidemann bei der Aufrufung der Republik



DER KIELER AUFSTAND. Die Arbeiter Kiels schließen sich den revolutionierenden Matrosen an. Sie treten in den Generalstreik. Das ist das Signal für die November-Revolution. Am 9. November erreicht „die Revolution von unten“, der Stinnes und Ballin zuvorkommen wollten, die Hauptstadt.

„Am Nachmittag des 9. November, nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, versammelten sich im Reichstagsgebäude die sogenannten Mehrheitssozialisten unter Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Sie waren ziemlich ratlos...“⁴

Der Kaiser hat bereits abgedankt, und Ebert träumt von „einer konstitutionelle(n) Monarchie nach englischem Vorbild“⁵) Scheidemann erlöst seine Genossen aus ihrer Ratlosigkeit, indem er plötzlich ans Fenster stürzt und die Republik ausruft. Er will den Arbeiter- und Soldatenräten zuvorkommen, die den Sturz des bankrotten kapitalistischen Systems ansteuern.

In den Nachtstunden des 9. November 1918 läutet in Eberts Arbeitszimmer in der Reichskanzlei das Telefon. Am anderen Ende der Leitung ist General Groener, der Nachfolger Ludendorffs. Er spricht über eine geheime Leitung, die die Oberste Heeresleitung in Spa mit der Reichskanzlei verbindet.

Über diesen Draht schließen Ebert und Groener einen Geheimpakt, der erst Jahre später bekannt wird. Das Ergebnis des Kuhhandels:

- Ebert stimmt zu, daß die Armee in ihrer traditionellen Form erhalten bleibt, mit Stoßrichtung gegen den Bolschewismus, d. h. gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten;
- Groener sichert Ebert die Unterstützung der Armee zu.

In dieser Nacht verspielt die sozialdemokratische Parteispitze die große Chance der deutschen Arbeiterbewegung für einen echten demokratischen Neubeginn. Sie hält die zeitweilige Besetzung einiger Staatsämter für eine tatsächliche Machtergreifung; sie verbündet sich erneut — wie 1914 und in den Kriegsjahren — mit den Trägern der alten Gesellschaftsordnung. Der Kaiser muß gehen — die Generale dürfen bleiben.

EINER MUSS DER BLUTHUND SEIN. Als vorläufige deutsche Regierung fungiert der Rat der Volksbeauftragten, an dessen Spitze Ebert steht. Während rechte sozialdemokratische Führer von Sozialisierung und von Wahlen zu einer Nationalversammlung schwatzen, formiert die Konterrevolution ihre Kräfte. In den ersten Dezembertagen beginnt die Oberste Heeresleitung mit der Aufstellung von konterrevolutionären Freiwilligenverbänden. Ende Dezember 1918 stehen Freikorps in einer Kopfstärke von 10000 Mann in und um Berlin in Bereitschaft. Ebert wird von seinen Geheimpakt-Partnern energisch gedrängt, endlich zuzuschlagen.

Und nun bestätigen sich die ironischen Bemerkungen von Marx und Engels, die sie 1879 reformistischen Parteiführern ins Stammbuch schrieben: „Wenn Berlin wieder einmal so unge-

bildet sein sollte, einen 18. März zu machen, so müssen die Sozialdemokraten, statt als ‚barrikadensüchtige Lumpe‘ am Kampf teilzunehmen, vielmehr den ‚Weg der Gesetzlichkeit beschreiten‘, abwiegen, die Barrikaden wegräumen und nötigenfalls mit dem herrlichen Kriegsheer gegen die einseitigen, rohen, ungebildeten Massen marschieren.“⁶)

Die Führung der Sozialdemokratie marschiert nicht nur „mit dem herrlichen Kriegsheer“ gegen die Revolution, sie stellt auch mit Gustav Noske den Bürgerkriegsgeneral, der die Konterrevolution befehligen darf. Noske tritt sein Amt mit den Worten an: „Meinetwegen. Einer muß der Bluthund werden. Ich scheue die Verantwortung nicht.“⁷⁾

In der Blutwoche zwischen dem 10. bis 17. Januar lässt Noske die Spartakisten von regulären Truppen und Freikorps-Verbänden zusammenschießen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von Offizieren der Gardekavalleriedivisionen ermordet. Nachdem die große Koalition zwischen Mehrheitssozialisten und Militärs der Revolution das Haupt abgeschlagen hat, setzt sie den Kurs fort, der in den letzten Kriegswochen unter der Firmierung „Modernisierung“ eingeleitet worden ist. Am 31. Juli 1919 nimmt die Nationalversammlung die „Weimarer Verfassung“ an. Sie ist die liberalste und demokratischste Verfassung, die es je gegeben hat. Auf dem Papier.

Während es nach dem Wortlaut der Verfassung keinen freieren Menschen als den Deutschen, keine demokratischere Regierung als die deutsche gibt, bleibt der Staatsapparat der herrschenden Klasse unangetastet und intakt.

Die Armee wird zum Staat im Staate. Geführt von einem Offizierskorps, das der Republik feindlich gesinnt ist, hat sie nur ein Ziel: Die Revision der Ergebnisse des verlorenen Krieges. Schreibt General Winterfeldt, Mitglied der Waffenstillstandskommission am 28. Mai 1919 im Hinblick auf die Friedensbedingungen: „Was wir... territorial verlören, bekämen wir ohne neuen Krieg niemals wieder.“⁸⁾

Die Justiz wird „eines der Zentren der Gegenrevolution“⁹⁾; sie „wird zum Kampfinstrument gegen alles, was demokratisch und links“ ist.¹⁰⁾

STINNES BITTET ZUR KASSE. Unangetastet bleiben auch die Machtpositionen der Großindustriellen und Bankherren. Sie haben ihre Ziele im ersten Anlauf nicht erreicht. Erste Voraussetzung für einen neuen Versuch ist die Niederhaltung der Arbeiterschaft. Am 10. Januar 1919 tagt im Flugverbandhaus „das Führertum der Wirtschaft“, — der Rat der Götter der Schwerindustrie.

Ein späterer Kumpan Hitlers berichtet darüber in seinen Memoiren:

„Als ich Punkt 4 Uhr nachmittags erschien..., waren etwa 50 Herren da, Hugo Stinnes selbst, Albert Vögler, Ernst Borsig, Siemens, Geheimrat Deutsch, Mankiewitz (Direktor der Deutschen Bank, d. Verf.), Salomonsohn, Gen.-Direktor Otto Henrich usw...., die ganze ‚harte volée‘ der Industrie-, Handels- und Bankwelt... Als einziger Punkt auf der Tagesordnung stand: Referent Dr. Eduard Stadtler über ‚Bolschewismus als Weltgefahr‘.“

EINE MAHN- UND KAMPFREDE. „Ich ließ nun eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen... Alle waren sichtlich betroffen. Da erhob sich rechts hinter mir ein kleiner Mann... Es war Hugo Stinnes. In die geheimnisvolle Stille des Saales hinein sagte er: „Ich bin der Meinung, daß nach diesem Vortrag jede Diskussion überflüssig ist... Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie es nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. Ich beantrage den Schluß der Sitzung und bitte die Herren Mankiewitz, Borsig, Siemens, Deutsch usw. (er nannte etwa 8 Namen), sich mit mir in ein Nebenzimmer zu begeben, damit wir uns sofort über den Modus der Umlage klarwerden können.“¹¹⁾

Aushängeschild der sich jetzt entfaltenden unternehmerischen Initiative ist die „Verteidigung der heiligsten Güter der Nation vor dem Bolschewismus“. In Wirklichkeit jedoch geht es den Herren um die Verteidigung der eigenen Güter und Profite und um die Revision der Kriegsergebnisse.

HAUPTZIEL: REVISION DER KRIEGSERGEBNISSE. In den Akten der Deutschnationalen Volkspartei findet sich ein interessantes Schriftstück, (Finanziert wird die Partei von Alfred Hugenberg und von Emil Kirdorf, einem der mächtigsten und einflußreichsten Männer der Schwerindustrie.)

In einem internen Brief schreibt anlässlich der Programmdiskussion Anfang 1920 ein Herr von der Osten, prominentes Mitglied der Parteiführung: „Ebenfalls halte ich es nicht für zweckmäßig, den Gedanken der Revanche auffällig in den Vordergrund zu schieben. Auf der anderen Seite muß aber eine Formel gefunden werden, die auch programmatisch unzweifelhaft feststellt, daß wir uns mit dem schreienden Unrecht und den inneren Unmöglichkeiten des Versailler Friedens niemals abfinden, sondern ‚auf friedlichem Wege‘ unabänderlich eine Revision anstreben werden. Eine derartige Formulierung kann uns die Entente nicht verdenken und wir selber können innerlich den Vorbehalt machen, daß, wenn friedliche Mittel nicht zum Ziele führen, nötigenfalls auch andere ergriffen werden müssen. Ich gebe zu, daß das etwas jesuitisch gehandelt ist, aber ohne eine kleine Dosis davon kommen wir in der Politik nicht weiter.“¹²⁾

VERSAILLES ALS EPISODE. Die Marschrichtung ist gegeben; das Zusammenspiel mit der Industrie funktioniert wie früher schon. Kommentiert „Germania“, das Zentralorgan der katholischen Zentrumsparthei: „... es gibt Niemanden in Deutschland, der nicht davon durchdrungen ist, daß die einzige und große Aufgabe zukünftiger deutscher auswärtiger Politik sein muß, den jetzt abgeschlossenen Frieden tatsächlich eine Episode werden zu lassen.“¹³⁾

Schon in den Gründerjahren geht die Weimarer Republik auf Revanche-Kurs. General von Seeckt, Chef der Heeresleitung, spricht auf einer Kabinettssitzung im Jahre 1925 brutal aus, wo hin die Reise nach dem Willen des „Führertums der Wirtschaft“ und der Militärs gehen soll: „... wir müssen Macht bekommen, und sobald wir die Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben.“¹⁴⁾ Niemand widerspricht dem General.

Nur in der Form vornehmer drückt sich Reichskanzler Luther in einer Rede aus, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist: „Die Beseitigung des Versailler Vertrages ist das Ziel der deutschen Politik. Die Frage aber ist, auf welchem Wege ist das zu erreichen? Doch nicht dadurch, daß wir von den Anderen das verlangen, was sie, wie nun einmal die Dinge liegen, innenpolitisch jetzt nicht können. So weit sind wir noch nicht. Verträge werden, wenn eine neue Machtlage eingetreten ist. Das aber ist bis jetzt für uns nicht der Fall. Also müssen wir versuchen, auf anderem Wege vorwärts zu kommen.“¹⁵⁾

STRESEMANN — OFFIZIELL UND INTIM. An der Eingangshalle des Auswärtigen Amtes in Bonn befindet sich ein Bronze-Relief des langjährigen Außenministers der Weimarer Republik, Gustav Stresemann. „Die Tafel“, so schreibt der Stresemann-Forscher Felix Hirsch, „ist ein Symbol dafür, daß man in der Bundesrepublik an die guten Traditionen der zwanziger Jahre anknüpfen will.“¹⁶⁾

Eben dieser Stresemann ist ein janusköpfiger Politiker, der auf den Sitzungen des Völkerbundes in Genf schöne Reden über Frieden und Völkerversöhnung hält, in geheimen Denkschriften jedoch eine ganz andere Sprache führt. Beispiel: „Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksgruppen umfaßt... ist das Ziel deutschen Hoffens, und die schrift-

Fortsetzung auf Seite 30

PARADIES FÜR AUSBEUTER

Noch rund 60 Kilometer bis Nürnberg. Ein Ortsschild: Weißenburg. Malerische alte Häuser, Beschaulichkeit, es ist gerade Markttag. Das Städtchen reizt zu einem Rundgang: Wer sich von der Großstadt erholen will, mag hier seinen Urlaub verbringen. Ein paar „gutbürgerliche“ Hotels, ein Kneipp-Bad, ein Freibad, eine Schwimmhalle, ein Tennisplatz — wer das nötige Kleingeld vorzuweisen hat, wird ihn sicher benützen dürfen.

Von was leben die Einwohner? Hier fällt mir auf: die Textilindustrie ist vorherrschend.

Warum nicht einmal nachschauen, wie hier gearbeitet wird?

Was ich hier hinter der malerischen Kulisse sehe, zeigt, daß nicht nur die alten Fachwerkhäuser erhalten sind, sondern auch die uralten Ausbeuterformen: Der Fabrikbesitzer fühlt sich als unumschränkter Herr über das lebende und tote Inventar.

An den Maßstäben der Industriegiganten im Ruhrgebiet gemessen, ist es ein bescheidener Betrieb, in den ich hier geraten bin: Rund 250 Arbeiter — in der Hauptsache Frauen und Mädchen — beschäftigt die Firma Roth in Weißenburg mit der Herstellung von Herrenbekleidung. Ich möchte mit dem Betriebsrat sprechen. „Betriebsrat? Das gibt es hier nicht!“ Die Antwort der Sekretärin kommt leicht erstaunt. Warum? Der Chef des Hauses, Hans Hoffmann, höchstpersönlich klärt mich auf: Er „möchte Herr im eigenen Hause sein und bleiben“. Und geradezu treuerzig verkündet er: „Wissen Sie, wir Unternehmer wollen nur Frieden. Der Betriebsfrieden ist das wichtigste, damit die notwendige Leistung erbracht wird. Da können wir keine Störenfriede gebrauchen, wir wollen in unseren Betrieb keine Unruhe hineinbringen.“

Tarifvertrag unbekannt

Die Furcht des Herrn Hoffmann vor Unruhe ist schon berechtigt: Zweifellos würden gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen über ihren Betriebsrat gegen die 2,71 DM pro Stunde, die in harter Akkordarbeit erschufert werden müssen, Sturm laufen. Denn der Tarifvertrag sieht eigentlich als Akkordrichtsatz die Mindestsumme von DM 3,09 vor. Zweifellos auch würde das Recht des „Herrn im Hause“ Hoffmann, Überstunden oder auch Kurzarbeit — je nach Auftragslage — sozusagen als besondere Gabe zu verordnen, durch einen Betriebsrat angeknabbert werden. Jedenfalls müßte Herr Hoffmann für Überstunden — wie das anderswo tarifvertraglich geregelt ist — 25 Prozent Zuschlag bezahlen. Aber für Herrn Hoffmann gibt es keinen Tarifvertrag, er und seine Weißenburger Kollegen sind dem zuständigen Unternehmensverband nicht angeschlossen, und deshalb ist das Verhandlungsergebnis dieses Verbandes mit den „Unruhestiftern, den Gewerkschaften nämlich, für sie nicht verbindlich. Herr Hoffmann also behält seine Ruhe, auch im Betrieb, und er tut auch etwas dafür, daß sich das nicht ändert.“

„Wer nicht spurt, der fliegt!“

Es war schwierig, mit den Arbeiterinnen ins Gespräch zu kommen. Bei Arbeitsschluß hatte ich ihnen „aufgelauert“, und erst nach langem Zögern entschlossen sich vier, mit mir in ein Café zu gehen. Der Fotoapparat mußte im Wagen bleiben: „Der Chef würde es nicht gern sehen, und wer nicht spurt, der fliegt“, sagt Anita, und die anderen nicken. Und sie erzählen von den Bemühungen der IG Textil, für die Arbeiterinnen der Fa. Roth eine Betriebsversammlung zustande zu bringen. „Die Anregung kam von einigen Kolleginnen, aber als es soweit war, haben wir uns auch nicht hingetraut.“ ■

Die 1500-Einwohner-Stadt Weißenburg hat kaum andere Erwerbsmöglichkeiten für die Frauen und Mädchen als die Textilindustrie.

Diese Firmen geben immerhin etwa 2000 von ihnen „Arbeit und Brot“. Wer möchte es wagen, sich zur Wehr zu setzen? Wer aufmuckt, fliegt ohne Kündigungsfrist — und in welchem Betrieb sollte er wieder Arbeit finden? Die Herren Textilunternehmer Weißenburgs haben sich zu einer „Notgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Bei ihnen bimmeln die Alarmglocken, wenn die Gewerkschaft beispielsweise längeren Urlaub, Urlaubsgeld, kürzere Arbeitszeit oder mehr Lohn gefordert und durchgesetzt hat. Dann tritt der „Unternehmer-in-Not“-Küngel zusammen und berät, wie dem wirkungsvoll entgegenzutreten ist, oder, wenn das Geraune unter den Arbeitern beunruhigende Formen annimmt, wieviel man eventuell zugestehen kann. Die so „hart konkurrierenden“ Herren Unternehmer sind sich da schnell einig: so wenig wie möglich, am besten nichts.

Führer und „Gefolgschaft“

Nicht einmal das Phrasenmäntelchen des „Sozialpartners“ hängen sich die Notgemeinschaftsmitglieder um. Betriebsräte kennen sie — bis auf zwei — alle nicht, und Gewerkschafter sind sowieso des Teufels. In ihren Betrieben herrschen sie wie kleine Götter oder auch — wie Führer. Wie in der Nazizeit sind die etwa 200 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Gutmann die „Gefolgschaft“, und entsprechend heißt die Kantine „Gefolgschaftsraum“. Entsprechend ist auch der Ton, auf den sich die Herren Unternehmer — nicht nur in Weißenburg — gegenüber „ihren Leuten geeinigt haben. Im Befehlston sind die „Betriebsanordnungen“ gehalten, wie zum Beispiel in der Firma A. Müller & Söhne in Oberviechtach: Durch gesetzliche Feiertage ausfallene Arbeitszeit wird „herausgearbeitet“. Folgt die Anordnung, was dann zu geschehen hat, und: „Eine Freistellung von der Arbeit an diesen Tagen ist nicht möglich.“ Keine Unterschrift, Stempel drauf, Punktum. Basta.

Klassenkampf — Illusion?

Die „Rückkehr zum Klassenkampf ist Illusion“, schrieb KND, das Nachrichtenblatt der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und warnte die Textilarbeiter und ihre Gewerkschaft, dieser Kurs werde sich nicht „auszahlen“. In Weißenburgs Textilindustrie braucht nicht dazu „zurückgekehrt“ werden, da wird er geführt: von oben allerdings, von den Unternehmern. Und die Delegierten des 10. Textil-Gewerkschaftskongresses in Berlin hatten recht, als sie forderten: „Unsere Gewerkschaft muß wieder eine Kampforganisation werden“.

Unternehmer-Paradies Weißenburg:
Marktplatz.

„Gefolgschaftsraum“ heißt offiziell die Kantine — der „Führer“ der Firma Gutmann sitzt in der „Notgemeinschaft“ ...

... um Urlaubsgeld und Lohnerhöhungen für seine „Gefolgschaft“ abzuwehren.



Näherin bei Gutmann: Wo soll sie Arbeit finden ...



WAHLKAMPF NICHT OHNE UNS



In Arbeiterkonferenzen und Beratungen der außerparlamentarischen Opposition wird die Schaffung eines Wahlbündnisses der Demokraten zur Bundestagswahl 1969 diskutiert. Der Aufruf des Gießener Kreises (siehe „elan“ Nr. 9/68) löste eine Flut von Stellungnahmen aus. Für den 2. November 1968 haben Unterzeichner dieses Aufrufes zur Teilnahme am Gründungskongress eines Aktionsbündnisses von Demokraten und Sozialisten aufgerufen, der in der Dortmunder Westfalenhalle stattfinden soll. „elan“ veröffentlichte in seinen Ausgaben 5/68, 9/68 und 10/68 grundsätzliche Beiträge zur Funktion des Parlaments, zur Rolle parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion, zur Bündnisfrage unter den demokratischen und sozialistischen Kräften. Im folgenden Interview kommt eine Politikerin zu Wort, die sich im parlamentarischen wie im außenparlamentarischen Kampf auskennt: Grete Thiele gehörte von 1949 bis 1953 als kommunistische Abgeordnete dem Deutschen Bundestag an, sie ist bei den Aktionen der außerparlamentarischen Opposition dabei und sie gehört zu den Initiatoren des Gießener Aufrufes.

elan: Sie wollen im Bündnis mit anderen Kräften der außerparlamentarischen Bewegung zur nächsten Bundestagswahl antreten. Was wollen Sie damit bezwecken?

Grete Thiele: Die Initiative von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, Sprechern von Studenten- und Jugendorganisationen, republikanischen Clubs und von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für ein Wahlbündnis geht davon aus, daß die Weiterführung der bisherigen Aktionen die verschiedenen Gruppen der außerparlamentarischen Bewegung zur Bildung einer wählbaren, von Ihnen gemeinsam getragenen Wahlalternative führen sollte.

Von großer Wirkung war doch die Losung der außerparlamentarischen Bewegung: wer Notstandsgesetze befürwortet und ihnen zugesimmt hat, darf bei der kommenden Bundestagswahl nicht mehr aufgestellt und gewählt werden. Da diese Erklärung aber zugleich den alternativen Gedanken einschließt, das Notstandsgesetz ins Parlament gehören, muß die außerparlamentarische Bewegung ihre eigenen Vertreter zur Wahl stellen.

elan: Unter einigen Linken gibt es Auffassungen, nach denen die Teilnahme an Wahlen heute nicht mehr zweckdienlich sei und die teilnehmenden Gruppen zu „Wahlvereinen“ degradiere. Was meinen Sie dazu?

Grete Thiele: Natürlich darf sich ein Wahlbündnis nicht auf die Teilnahme an Wahlen im althergebrachten Schema beschränken. Es müßte geradezu eine mobilisierende Wirkung für die Entwicklung von Aktionen gegen die weitere Aushöhlung der Demokratie — gegen die gefährliche Rechtsentwicklung ausüben und diese unterstützen.

Junge Bundeswehrsoldaten, die nicht auf die eigene Bevölkerung schießen wollen, haben mit ihren Aktionen gegen die Anwendung der Notstandsgesetze auf die Bundeswehr die Öffentlichkeit alarmiert und beispielhaft gezeigt, wie die Jugend den Kampf gegen den Militarismus und für ihre Rechte führen kann. Eine der wichtigsten Aufgaben eines Wahlbündnisses müßte es darum sein, einer sich so vielfältig entwickelnden demokratischen Bewegung durch ein konstruktives Programm der demokratischen Erneuerung eine Perspektive des weiteren Kampfes in der Etappe der Bundestagswahlen 1969 zu geben.

elan: In einigen Zeitungen wurde Ihr Bündnis als Fortsetzung der bisherigen außerparlamentarischen Aktionen mit anderen Mitteln und neuen Mitkämpfern bezeichnet. Ist das richtig?

Grete Thiele: Richtig ist, daß die Initiatoren für die Schaffung eines Wahlbündnisses dies in erster Linie als den Zusammenschluß aktiver Kräfte der entscheidenden Schichten und Gruppen verstehen, die von der Politik der großen Koalition und den ökonomisch und politisch Herrschenden betroffen werden. Das sind die Arbeiter und Angestellten als die stärkste Gruppe, das sind die Bauern ebenso wie die mittelständischen Schichten und die Geistesgeschaffenden und natürlich die Jugend, die in allen Gruppen die am meisten vorwärtsdrängende Kraft ist. Überall dort, wo bisher schon der „Aufruf zu einem Wahlbündnis 1969“ (siehe „elan“ Nr. 9/68) ein positives Echo gefunden hat, wurde aus der Analyse der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik die Schlüssefolgerung gezogen, daß die von der Machtpolitik Betroffenen jetzt selbst ihre Interessen wahrnehmen müssen. Dabei wurde aber auch klar, daß ein Wahlbündnis nur dann verändernd und erfolgreich sein kann, wenn es mit einem konstruktiven Programm die sozialen und demokratischen Kämpfe unterstützt und offensiv in die politische und geistige Auseinandersetzung eingreift. Daraus ergibt sich, daß ein solches Bündnis offen sein muß für alle, die im Verlaufe von Aktionen und auch noch während des Wahlkampfes zu ihm stoßen.

elan: Welche Erfahrungen haben Sie bei der öffentlichen Diskussion des Aufrufes gemacht?

Grete Thiele: Charakteristisch für alle bisherigen Arbeiteraussprachen und Konferenzen von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären war: 1. daß sie jetzt ihre Interessen selbst vertreten werden und sich zugleich für das Zustandekommen eines Wahlbündnisses an andere Gruppen wenden. 2. daß sie über ihre politischen Vorstellungen und Programmpunkte diskutieren, die sie als Arbeiter und Angestellte in dieses Bündnis einbringen wollen.

So gesehen, ist das angestrebte Wahlbündnis in der Tat eine Fortsetzung der bisherigen außerparlamentarischen Bewegung — jedoch in einer höheren Qualität und mit dem Ziel, auch ins Parlament einzudringen.

elan: Welche Gründe haben dieses Bündnis notwendig gemacht?

Grete Thiele: Eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse der Regierung der Großen Koalition hat erwiesen, daß der Eintritt sozialdemokratischer Minister in das Kabinett der CDU/CSU — der Partei des Großkapitals — den Rechtskurs nicht abgeschwächt sondern verstärkt hat. Profitiert hat allein das Großkapital, während die arbeitende Bevölkerung die Lasten zu tragen hat; keine der drängenden Pro-

leme der jungen Generation und damit unserer Zukunft wurden gelöst. Viele Menschen — und nicht zuletzt die Jungen — sind unzufrieden, sehen keinen Ausweg. Sie sich selbst zu überlassen oder zuzusehen, wie sie der NPD in die Arme getrieben werden, wäre verantwortungslos.

elan: Gibt es schon ein Programm des Bündnisses oder wie müßte es aussehen?

Grete Thiele: Der demokratische Charakter des Bündnisses kommt gerade darin zum Ausdruck, daß alle an ihm Beteiligten Gruppen ihre spezifischen Forderungen sowie ihre Vorstellungen für ein gemeinsames Programm diskutieren und erarbeiten. Sicherlich werden Initiativgruppen der Jugend das ebenso machen, geht es doch um die Ausarbeitung eines Programms, das in erster Linie für ihre Zukunft bestimmt sein soll.

Wenn man mithin heute noch nicht von einem ausgearbeiteten Gesamtprogramm sprechen kann, so gibt es doch schon im wesentlichen Übereinstimmung darin, daß es ein konsequent — demokratisches, ein antimonopolistisches Programm sein muß. Das Ziel eines solchen Programms muß es sein, autoritäre und Monopolmacht einzuschränken und den Einfluß derer, die alle Werte schaffen, der arbeitenden Menschen, im Staat und der Gesellschaft zu erweitern und zu sichern. Dazu gehört vor allem die Mitbestimmung in den Betrieben auf allen Ebenen und in allen Institutionen als der Kernfrage einer demokratischen Wirtschafts-Struktur und Sozialpolitik. Rückgängigmachung der Notstandsgesetze, die Sicherung und Erweiterung des demokratischen Gehalts unseres Grundgesetzes und grundlegende demokratische Reformen, so u. a. einer umfassenden Bildungsreform, müssen ebenfalls Bestandteil eines Alternativprogramms sein.

Eine nationale Friedens- und Sicherheitspolitik, die anstelle der Militärblöcke ein gesamt-europäisches Sicherheitssystem anstrebt, müßte den status quo in Europa wie auch die Existenz von zwei deutschen Staaten als Voraussetzung einer wirklichen Entspannungspolitik anerkennen. Austritt aus der Nato, Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, radikale Einschränkung der Rüstung und Halbierung der Rüstungskosten würden die Mittel frei machen für ein großzügiges Berufsausbildungsprogramm, das — im Blick auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und das Jahr 2000 — unserer Jugend eine erstrebenswerte Zukunft sichern könnte.

elan: Eine oft gestellte Frage ist: Was können Sie als Minderheit im Bundestag ausrichten?

Grete Thiele: Hier zunächst eine Aufgabe, die sich aus dem erklärten Willen der außerparlamentarischen Opposition ergibt, auf allen Ebenen und in allen Bereichen den Kampf gegen die Anwendung der Notstandsgesetze weiterzuführen. Unter dem Druck der Kritik der Öffentlichkeit und zur demokratischen Verbrämung könnten die Verfasser der Notstandsgesetze nicht umhin, die Anwendung einiger Ermächtigungsbestimmungen für die Exekutive von einer Zustimmung des Bundestages abhängig zu machen. So wurde in den Änderungsgesetzen zu den Sicherstellungsgesetzen und auch im Arbeitssicherstellungsgesetz festgelegt, daß die Durchführung einiger Maßnahmen von der vorherigen Verkündung des Spannungsfalles (Art. 80a der Not-

standsverfassung) oder des Verteidigungsfalles (Art. 115a d. N. V.) abhängig ist. Abgeordnete im Bundestag, die konsequente Gegner der Notstandsgesetze sind, könnten — selbst wenn sie zahlenmäßig nicht in der Lage wären, die Zustimmung einer Bundestagsmehrheit für die Anwendung von Notstandsmaßnahmen zu verhindern — sofort nach Kenntnis solcher Absichten von der Tribüne des Parlaments die Bevölkerung alarmieren und zum aktiven Widerstand auffordern.

elan: Gibt es Beispiele für Ihre Einschätzung?

Grete Thiele: In der Tat ist das bundesdeutsche Parlament gegenwärtig nur eine demokratisch drapierte Fassade, hinter der die wirkliche Machtausübung verschleiert wird. Und doch kann aus der Geschichte bewiesen werden, daß auch eine Minderheit in einem reaktionären Parlament wichtige Funktionen erfüllen kann. Hier soll nur an Karl Liebknecht erinnert werden, der als einziger im kaiserlichen Reichstag die Kriegskredite ablehnte und damit die Fahne der revolutionären Arbeiter vertrat. Von diesem nicht nur in Deutschland verstandenen Appell gingen die ersten Impulse für die große antimilitaristische Bewegung der deutschen Arbeiter und der deutschen Jugend im 1. Weltkrieg aus, die schließlich in die Novemberrevolution einmündete.

elan: Sie selbst, Frau Thiele, haben ja eigene Erfahrungen dazu gesammelt.

Grete Thiele: Ja, auch die KPD-Fraktion hat im 1. Bundestag von 1949 bis 1953 mit nur 15 Abgeordneten offensiv die Spaltungs- und Aufrüstungspolitik der damaligen Adenauer-Regierung vor aller Öffentlichkeit enthüllt, sie hat Adenauer selbst in seiner antinationalen Politik mehrfach der Lüge überführt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß unser Kampf gegen die Remilitarisierung innerhalb und außerhalb des Parlaments von vielen Menschen verstanden wurde, viele neue Kämpfer der großen Bewegung zuführte. Auch unsere Gegner wußten das. Offen erklärten sie, mit einer legalen KPD und einer KPD-Fraktion im Bundestag könnten die Terminpläne für die Wiederaufrüstung und die Einbeziehung der Bundesrepublik in den aggressiven Natopakt nicht gehalten werden. Bezeichnenderweise begründete die damalige Adenauer-Regierung bereits 1951 ihren Antrag auf ein Verbot der KPD u. a. damit, daß die KPD-Fraktion im Bundestag gegen die Remilitarisierung aufgetreten sei.

elan: Sie meinen, diese Beispiele haben noch heute Gültigkeit?

Grete Thiele: Sprecher der außerparlamentarischen Bewegung — auch wenn sie nur eine Minderheit im Parlament darstellen — haben viele Möglichkeiten, die Interessen des Volkes zu vertreten. In der Praxis politischer Entscheidungen können sie innerhalb und außerhalb des Parlaments den wirklichen Charakter des Herrschaftssystems entdecken. Von ihnen würden die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, die Probleme der jungen Generation konsequent vertreten und auf die Tagessordnung gesetzt, so daß alle Parteien gezwungen werden, dazu Stellung zu nehmen. Eine demokratische Fraktion im Bundestag als untrennbarer Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung könnte — gestützt auf eine starke Volksbewegung — Beginn einer Umstrukturierung des Parlaments sein, in dem der Wille des Volkes oberstes Gesetz sein würde.

Kritische Justiz

Vierteljahresschrift

Heft 1

„Kritische Justiz“ ist eine neue Zeitschrift: sie will Öffentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissenschaft, für die Aufdeckung des Bezuges zwischen Recht und Gesellschaft, seinen politischen und sozialen Implikationen.

In Heft 1/68

September

Werner Hofmann

Die Krise des Staates und das Recht

Stephan Leibfried

Wissenschaftsprozeß und politische Öffentlichkeit (Entscheidungen zum politischen Mandat der Studentenschaft)

Jürgen Seifert

Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung

Wolfgang Perschel

Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innerer Bundeswehreinsatz

Heinrich Hannover

Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht

Kommentare/Entscheidungen/Rezensionen

Themen in Heft 2/68

November

Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität — Art. 12a GG und Europäische Menschenrechtskonvention — Zur Zulässigkeit von Tariffausschlüsse — Informierungsrechte der Gewerkschaften im Betrieb — Demonstrationsrecht und Schulbesuchspflicht — Beiträge zur Reform der juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Außerparlamentarische Opposition

Einführungspreis Heft 1/68 (bis 31. 12.) 4 DM
Im Jahresabonnement 20 DM / einzeln 6 DM
Studenten u. Referendare jährl. nur 16 DM
Prospekte und Bestellungen beim Verlag,
6 Frankfurt 70 — Postfach 270

Wolfgang Friedmann
Recht und sozialer Wandel

Mit einem Vorwort von Spiros Simitis
1968, ca. 500 Seiten, Leinen ca. 80 DM

Peter Thoss
Das subjektive Recht in der gliedstaatlichen Bindung
Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Privatrecht
1968, 154 Seiten, Leinen 20 DM

Jürgen Seifert
Der Notstandsausschuß

res novae Band 63
1968, 249 Seiten, Snolin-Broschur 16.80 DM

Europäische Verlagsanstalt

15

Friedenspolitik

ULRICH
SANDER

ARNOLD
PLOOG



res novae provokativ

Johannes Agnoli /
Peter Brückner
Die Transformation der
Demokratie

196 Seiten · Snolin-Broschur 12,— DM
Leinen 19,— DM

Februar 1968 Tage, die Berlin erschütterten

125 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
und Dokumenten · Snolin-Broschur 5,— DM

Die Auferstehung der Gewalt

Springerblockade
und politische Reaktionen
in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Heinz Großmann und
Oskar Negt
ca. 192 Seiten mit zahlreichen Dokumenten
und Abbildungen · Snolin-Broschur 5,— DM

Internationale der Studenten 1968

Die antikapitalistische Studentenbewegung
Herausgegeben von Lothar Menne und
Claudia Pozzoli
ca. 160 Seiten · Snolin-Broschur ca. 5,— DM

Malte J. Rauch / Samuel H. Schirmbeck Die Barrikaden von Paris

Der Aufstand der französischen Arbeiter
und Studenten
230 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
und Dokumenten · Snolin-Broschur 5,— DM

Universität und Widerstand

Versuch einer Politischen Universität
in Frankfurt
Herausgegeben von Detlev Clausen und
Regine Dermitzel
198 Seiten · kartoniert 5,— DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas

ca. 200 Seiten · kartoniert ca. 5,— DM

Reinhard Kahl / Michael Lukasik Die Rebellion der Schüler

Ihre Ursachen und Auswirkungen.
Mit einer kommentierten Dokumentation.
ca. 164 Seiten · ca. 5,— DM

Europäische Verlagsanstalt



Peter Rath

STECK BRIEFE

Ho Tschi Minh
Revolution und nationale
Befreiungskampf
Reden und Schriften
1920 bis 1966



Seit fast fünf Jahrzehnten steht Ho Tschi Minh an führender Stelle im Kampf seines Volkes um die nationale Unabhängigkeit und in der Befreiungsbewegung der Kolonialvölker. Die Auswahl von Berichten, Aufrufen, Reden, Briefen und Gedichten des bedeutenden Revolutionärs und Staatsmannes spiegeln den politischen Weg eines mit ungewöhnlicher Geduld, beißender Ironie und selbstkritischer Intelligenz begabten Politikers, der nicht nur bei Sozialisten und nicht erst seit der amerikanischen Aggression in Vietnam in weiten Teilen der Welt zu einem Symbol des Befreiungskampfes geworden ist.

(Ho Tschi Minh: REVOLUTION UND NATIONALER BEFREIUNGSKAMPF. Ausgew. Reden und Schriften, Piper-Verlag, 384 S., 12,80 DM)

Die inzwischen in 4. Auflage vorliegende Untersuchung IMPERIALISMUS HEUTE analysiert den staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. Sie führt den Nachweis, daß die großen Konzerne ihre wirtschaftliche Macht in politische Macht ummünzen und daß der staatsmonopolistische Kapitalismus einerseits das Resultat der gesamten historischen Entwicklung des Imperialismus ist und andererseits das Produkt der ökonomischen und politischen Widersprüche seiner Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg. Schließlich: Daß der Sozialismus auch um Westdeutschland keinen Bogen macht.

(IMPERIALISMUS HEUTE, Dietz-Verlag (DDR) 823 S., Leinen, 10,80 DM, über: Brücken-Verlag, Düsseldorf)

08/15 — Autor Hans Hellmut Kirst legt mit KEIN VATERLAND einen in den politischen Bereich verlegten harten und pointierten Kriminalroman vor. Vielerlei Figuren ziehen in wechselnden Konstellationen auf: ein Minister, der alles in der Welt für manipulierbar hält; ein Parteimann, der nichts als Geschäfte machen will; ein Großindustrieller, der nicht zögert, auch Menschenleben zu investieren. Dazu die Handlanger und Helfershelfer. Die Intrigen und Kabinen um die es dabei geht, haben einen höchst realen Hintergrund; nahezu alles, was in diesem Buch an verblüffenden Details geschildert wird, ist tatsächlich geschehen.

(Hans Hellmut Kirst KEIN VATERLAND, Desch-Verlag, 348 S., Leinen, 19,80 DM)

Karl Steinbuch analysiert in FALSCH PROGRAMMIERT den technologischen Still- und Rückstand in der Bundesrepublik und klagt die „Hinterwelt“ an, die unsere Menschen dazu verführt, ihre Kraft, Intelligenz und Hoffnung jenseits dieser Wirklichkeit zu vertun. Die Alternative: „Das Bekenntnis zum Sozialismus ist keine Sache der Metaphysik, sondern der Einsicht, daß es keine andere Sozialstruktur gibt, die in diesem Zeitalter bewirken kann, daß die von Menschen noch zu leistende Arbeit und ihr Nutzen sinnvoll verteilt werden“ Steinbuch.

(Karl Steinbuch FALSCH PROGRAMMIERT, Deutsche Verlags-Anstalt, 176 S., Leinen, 14,80 DM)

Der Pressezar hat einen Teil seines „Lebens“ veräußert. Daß dennoch kein Grund zur Sorglosigkeit besteht, weisen Bernd Jansen, Arno Klönne und 14 weitere Journalisten, Schriftsteller und Wissenschaftler nach, die die verschiedenen Aspekte des IMPERIUM SPRINGER ausleuchten. Scharf und klar gehen die Autoren mit der bundesdeutschen „Symbolfigur“, wie Springer sich selbst nannte, ins Gericht. Seine Blätter sind mehr „politisches Führungsmittel als Zeitungen im herkömmlichen Sinne“ (Mitarbeiter Reimar Lenz). Untersucht wird eine Gesellschaftsordnung, „die eine solche Presse zur Erhaltung der eigenen Existenz und der bestehenden Machtstruktur“ braucht. (Jörg Huffschmid).

(IMPERIUM SPRINGER — MACHTE UND MANIPULATION, Hrsg. Jansen und Klönne, Pahl-Rugenstein Verlag Köln, 272 S., DM 9,60)

IMPERIALISMUS HEUTE

Kirst Kein Vater- land

Roman

Karl Steinbuch Falsch pro- grammiert

Imperium Springer

Macht & Manipulation



Globalstrategie gegen den Fortschritt: Mit Friedensschalmeien und Napalmterror

Von Ellen Weber

Die Bonner Politiker reden von Friedenspolitik. In der Presse steht, „das oberste Ziel der deutschen Außenpolitik bleibe der Friede“ (Frankfurter Rundschau, 7. 9. 1968). Über die Fernsehstationen flimmern die Interviews. Immer geben sich die Herren Kiesinger, Strauß und Barzel entspannungsbereit, friedensbeflissen. Nur eine Kleinigkeit stimmt nicht — die Rüstungskosten werden weiter erhöht, die NATO-Truppen bleiben in Europa und die Firma Krupp, die Waffenschmiede des Kaisers und Hitlers, steigt wieder ins Rüstungsgeschäft ein.

Wer zwischen Wort und Taten einen Widerspruch sieht, täuscht sich. Beides, die salbungsvollen Friedensreden und das Rüstungsfeuer, gehören zusammen. Die Völker haben die letzten blutigen Kriege dieses Jahrhunderts noch nicht vergessen. Wer heute Kriegspolitik treibt — muß sie als Friedenspolitik ausgeben. Offener Gewaltfordern würde die Gefolgschaft versagt. Friedensreden und Rüstungsfeuer gehören zusammen. Beides wird im Sinne einer weltweiten Strategie eingesetzt, um die Welt wieder unter einheitliche Kapitalistische Botmäßigkeit zu bringen.

Seit der Oktoberrevolution 1917, seit der Existenz der Sowjetunion sinnen die imperialistischen Regierungen, wie der Sozialismus wieder von der Erdoberfläche verbannt werden könnte. Von den Interventionskriegen der zwanziger Jahre bis zu Hitlers Überfall auf die Sowjetunion reicht die Kette der Mordversuche am Sozialismus. Die neue Gesellschaftsordnung aber hat sich lebensfähiger als ihre Mörder erwiesen. Die Sowjetunion vernichtete die Heere der Interventionsarmeen, schlug die faschistische Armee, befreite das deutsche Volk und die Völker Ost-Europas vom Fa-

schismus und verband sich mit den neu entstandenen sozialistischen Staaten zu einem Sozialistischen Weltlager.

Die Globalstrategie entsteht

Die Entstehung der sozialistischen Staatengemeinschaften beunruhigte die imperialistischen Regierungen tief. Sie gaben auch nach dem 2. Weltkrieg den Versuch nicht auf, den Sozialismus zunächst zurückzurollen (roll back), um ihn später ganz zu vernichten. Adenauer, Eisenhower und Dulles, als die drei politischen Hauptakteure der fünfziger Jahre, als die Vertreter der imperialistischen Großindustrie, leiteten jene Politik ein, die heute als Globalstrategie die Richtschnur im Kampf gegen den Sozialismus darstellt.

Die amerikanischen Politiker und ihre treuen deutschen Paladine zogen gewisse Lehren aus dem vorangegangenen Kampf gegen den Sozialismus. Sie begannen zu fürchten, daß der Frontalangriff mit außerordentlichen militärischen Mitteln den eigenen Untergang herbeiführen könnte. Ange- sichts der militärischen Stärke der Sowjetunion einigten sie sich deshalb auf eine Skala von Maßnahmen unterhalb der atomaren Schwelle, die dennoch zur Überwindung des Sozialismus führen sollte. Sie entwickelten einen Plan, der alle möglichen Etappen eines Angriffs auf die sozialistischen Staaten enthält. Dieser Plan reicht von der psychologischen Kriegsführung über den subversiven Kampf bis zum begrenzten Krieg und geht von der Voraussetzung aus, daß je nach den örtlichen Gegebenheiten, die unterschiedlichsten Mittel angewandt werden müßten.

Vietnam, Griechenland, Spanien usw.

Die Ereignisse der vergangenen Jahren enthalten die Gesamtkatastrophen der imperialistischen Politiker. In Vietnam,

15 000 km von Amerika entfernt, kämpfen die Amerikaner mit brutaler Waffengewalt, um ein einheitliches, demokratisches Vietnam zu verhindern. In Griechenland organisierte der amerikanische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit griechischen Generälen einen Militärputsch, um einer demokratischen Regierung, die vermutlich aus bevorstehenden Wahlen hervorgegangen wäre, zuvorzukommen. In Spanien und Portugal stützen sie die dortigen faschistischen Regime, indem sie Regierungspolitiker dorthin entsenden, Orden annehmen, Wirtschaftshilfe gewähren und enge NATO-Verflechtungen fördern.

Rein äußerlich gleichen sich die Methoden der Einflußnahme in den einzelnen Ländern nicht. Dennoch: alles geschieht unter dem Aspekt, keine demokratischen Entwicklungen zuzulassen, da die Völker bei ihrem Kampf um Demokratie gegen die imperialistischen Unterdrücker deren Interessen schrittweise einschränken.

Spezialbehandlung für Osteuropa

Gegenüber den sozialistischen Ländern schlagen die Herren in Washington und Bonn ganz besondere Wege ein. Während sie in ihren eigenen Ländern den Kampf um Bürgerrecht, Demokratie und Mitbestimmung durch Polizeimaßnahmen und Notstandsgesetze verhindern wollen, schlagen sie Osteuropa heuchlerisch einen „Demokratisierungsprozeß“ vor. Sie rufen „Demokratie“ und „Freiheit“ und wenden sich gleichzeitig gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften, gegen ein Verbot der neonazistischen Partei und gegen die Entfernung der Parteidräger Hitlers aus höchsten Staats- und Regierungämtern. Ihr Ruf in Bonn: „Demokratie“ und „Freiheit“ ist so viel wert, wie wenn sie „Entspannung“ und „Frieden“ rufen.

Es ist nützlich, sich die Worte des Kanzlerberaters und Multimillionärs Baron von und zu Guttenberg anzusehen. Er definierte genau, was die Bundesregierung unter „Freiheit für Osteuropa“ versteht. Er sagte, daß „die Wiederherstellung der Freiheit für alle Deutschen“ mit dem Ziel identisch sei, „das Ende des kommunistischen Regimes in der Zone anzustreben“.

Die Wiederherstellung der deutschen Freiheit ist also aus Gründen der Realität nur denkbar im Rahmen und im Vollzug größerer europäischer, ja über Europa hinausgehender Veränderungen“ (Spiegel, 13/65).

Auch Franz Josef Strauß hat die europäischen Veränderungen beim Namen genannt. Er will eine Veränderung der europäischen Grenzen, „selbstverständlich zugunsten des Westens“ (Entwurf für Europa, S. 102). Wer den territorialen Status quo „zugunsten des Westens“ verändern will, und auf das „Ende des kommunistischen Regimes in der Zone“ hinarbeitet, betreibt — objektiv gesehen — Kriegspolitik.

Denn eine Grenzrevision und die Zurückreibung sozialistischer Gesellschaftssysteme zugunsten der kapitalistischen Welt, ist ohne Krieg nicht zu haben. Die Bundesregierung weiß sehr wohl, mit welch hohem Einsatz sie spielt. Sie teuert deshalb auch laufend, sie will alle Veränderungen nur mit friedlichen Mitteln erreichen.

Zu den friedlichen Mitteln zählt dann die „Aushöhlung des engen Ideologischen Standpunktes der herrschenden kommunistischen Parteien“ (so der Ideologe der Globalstrategie Prof. Brzezinski, New York, in: Alternative zur Teilung, S. 188). Oder die Wirtschaftshilfe mit dem Ziel, diese





Spalter von der Reaktion gehätschelt: Mit Springer gegen die Arbeiterjugend

von Rolf Priemer

Axel Springer hat die SDAJ entdeckt. Am 1. Oktober stand es in der „Welt“: „Ein Ketzerprozeß droht die „Arbeiterjugend“ zu spalten“. Wir sind stolz auf diese Feindschaft. Sie zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Inzwischen meinte auch Augsteins „Spiegel“ nicht mehr langer hinter Springer zurückstehen zu dürfen. Ohne auch nur ein SDAJ-Mitglied bei den Recherchen zu befragen, wurde eine haarsträubende Kriminalstory über die SDAJ veröffentlicht.

In der Berichterstattung über das Festival in Sofia waren wir — so die „Welt“ — „eindeutige Kommunisten“ und „Mitglieder einer Tarnorganisation“, „deren Auftrag es war, notfalls mit Gewalt... vorzugehen“. Springer befahl, und der größte Teil der Presse übernahm bereitwillig die Version von der „prügelnden“ SDAJ. (Leider kopierten auch einige solcher Mitarbeiter von Jugend- und Gewerkschaftszeitungen diese Lesart, die den Springer-Trick mit dem „Terror der Jungroten“ bisher noch immer richtig zu deuten wußten.)

Es ist die alte Methode
Immer wenn Springers Schreib-

gegen das Großkapital steht im Mittelpunkt dieser Plattform, sondern das Wirkeln gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, gegen ihr einheitliches Handeln. Diese Aktivitäten veranlaßten den Ortsvorstand nun seinerseits eine reguläre Mitgliederversammlung einzuberufen, die nur von Mitgliedern besucht werden konnte. Die Minderheit um Böpple verhinderte den Ablauf der Versammlung zu behindern; sie wurde ergebnislos um Ruhe gebeten. Bei zwei Enthaltungen beschloß die Gruppe Mannheim den Ausschluß der 12 Spalter aus der SDAJ. Auf Antrag des Landesvorstandes von Baden-Württemberg stimmte der Bundesvorstand der SDAJ den Ausschlüssen der zwölf zu. Zur freudigen Reaktion des Establishments auf die Aktivitäten der „kritischen linken Gruppe“ schrieb der SDAJ-Bundesvorsitzende Rolf Priemer diesen Kommentar.

*) Siehe auch Dokumentation der SDAJ-Landesleitung Baden-Württemberg, zu erhalten bei Dieter Keller, 68 Mannheim 31, Spiegel-Fabrik 2.

Rezept der Spaltung

So schrieb William S. Schlamm schon am 10. Dezember 1967 in der „Welt am Sonntag“: Die jungen Arbeiter seien heute „vergnüter, lebensfroher und zufriedener, als sie es jemals zuvor waren“, der Protest der „revolutionären Bürgersöhne“, der Studenten, sei nur aus ihrer Erbitterung über den „sozialen Aufstieg (!) der Arbeiterjugend“ zu verstehen. Das ist Zuckerbrot. Wenn die Arbeiterjugend aufhört „vergnügt“ zu sein und sich organisiert, kommt Springer mit Lüge und Hetze. Das ist Peitsche.

Wir kennen die Springerschen Spaltungsbemühungen: Um die Studentenschaft zu entzweien, werden Splitter- und Spaltergruppen wie ADS (Arbeitskreis Deutscher Studentenverbände) und DSU (Deutsche Studenten-Union) - Gründungen gegen den VDS - von der herrschenden Presse und den Ministerien hochgespielt. Nun wird bezeichnenderweise Böpple gegen die SDAJ hochgespielt. Eine Fraktion mit der „revolutionären“ politisch-ideologischen Plattform, wie sie in Mannheim gegen die SDAJ veröffentlicht worden ist, paßt also Springer ins Konzept. Weitere Vorfälle zeigen das übrige.

Anläßlich des IG Metall-Jugendtages am 29. September in Eßlingen hielt es ein Teil der „kritischen Gruppe“ aus Mannheim für angeraten, einen „eigenen“ Beitrag zum Kampf der Arbeiterjugend beizusteuern und sich dabei fälschlich als SDAJler auszugeben. Rund 8000 junge Metaller demonstrierten in Eßlingen für ihre Forderungen. Vertreter der „Kritischen“ störten Demonstration und Kundgebung und belegten die Kollegen Loderer (2. IGM-Vorsitzender) und Bleicher (IGM-Bezirksleiter) mit ungeheuren Beleidigungen wie „Faschisten“ und „Faschistschweine“.

Es ist nur zu begrüßen, daß die IG Metall auf den unerhörten Angriff auf den Antifaschisten und langjährigen Buchenwald-Häftling Willi Bleicher mit dem Ausschluß von Theo Langlotz reagierte. Ob sie es wollen oder nicht: Die jungen Leute um Lothar Böpple sollen als Organisatoren einer Kriese braucht. Warum steigt die „Welt“ so groß ein? Das System ist klar: Einen Keil in die oppositionelle Jugend zu treiben. „Krisen“ zu organisieren, wo sich die arbeitende Jugend zur Durchsetzung ihrer Interessen zu formieren beginnt.

Meine Meinung ist, die Arbeiterjugend wird nur dann konsequent ihre Interessen wahrnehmen können, wenn sie alle Manöver ihrer Feinde durchkreuzt — die offenen, wie die getarnten. ■

Ulrich Sander

Vor wichtigen Entscheidungen

auch bewährt haben vor der Verabschiedung des bundeseinheitlichen Jugendarbeitschutzgesetzes.“

Es wächst die Unzufriedenheit junger Gewerkschafter mit dem Gekunkel in der Konzertierten Aktion. Die Kollegen aus Niedersachsen forderten dazu auf, die Teilnahme an Karl Schillers Tafelrunde zu überprüfen und die gewerkschaftliche „Wirtschafts- und Tarifpolitik an der Zielseitung des Grundsatzprogrammes zu orientieren.“ Die Kreisjugendkonferenz Frankfurt des DGB wehrte sich gegen die „Fesseln der Konzertierten Aktion“ und forderte, zu einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik zurückzukehren.

Die neonazistische Gefahr war ein zentrales Thema aller Landesjugendkonferenzen. Was ist zu tun? Erneuert wurde die Forderung nach Auflösung der NPD. DGB-Jugendsekretär Baumhöver gab in diesem Zusammenhang auf der Nordmarkkonferenz zu überlegen, ob es der Gewerkschaftsjugend möglich sei, noch länger in solchen Jugendringen mitzuarbeiten, in denen sich andere Jugendorganisationen für das Auftreten von NPD-Funktionären aussprechen oder unter Berufung auf das parteipolitische Neutralitätsprinzip versuchen, Kundgebungen gegen die NPD „abzuwürgen“. In Hamburg und Schleswig-Holstein hatte man entsprechende Bemühungen feststellen müssen.

Einen wegweisenden Beschuß für die Einigung aller Demokraten im Kampf gegen die braune Gefahr faßte die Landesjugendkonferenz des DGB Saar: Sie forderte dazu auf, „in allen Gremien antifaschistische Ausschüsse – in Aktionseinheit mit allen demokratischen Organisationen – gegen das Wiederaufleben des Neonazismus und Faschismus zu bilden.“

Mit neuen Kampfformen wehrt sich die Jugend der IG Metall gegen die Verschleppungstaktik des Bundestages in Sachen Berufsausbildungsgesetz. Im Jugendmonat Oktober rückte sie den gleichgültigen Bundestagsabgeordneten mit Delegationen zu Leibe. Moderne Plakate und Meinungsknöpfe populärisierten die Forderungen der Arbeiterjugend in der Öffentlichkeit. In Hamburg schreckten junge Gewerkschafter und SDAJ-Mitglieder in der altherwürdigen Börse die Oberen der Industrie- und Handelskammer auf, die mit einer „Lehrlingsfreisprechung“ beschäftigt waren. Von der Empore herab rieselten die Zettel mit harten Anklagen gegen ein Bildungssystem von gestern für die Bürger von morgen.

Und die Landesjugendkonferenz Niedersachsen stellte „mit Verbitterung fest, daß den jahrzehntelangen Bemühungen der Gewerkschaftsbewegung um Schaffung eines einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes auch nach der Bildung der Großen Koalition seitens des Bundestages keine weitere Initiative folgte“. Einstimmig wurde weiter beschlossen: „Die Jugendkonferenz erwartet, daß der DGB mit seinen Gewerkschaften seinen ganzen Einfluß für eine Verabschiebung eines Berufsausbildungsgesetzes noch in dieser Legislatur-Periode geltend macht.“ Zu diesem Zweck sollten überall gezielte Aktionen durchgeführt werden, wie sie sich

Im Winterhalbjahr
Marxistische Schulung

mit:

Marxistische Lehrbriefe

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Schulklassen, für Schüler, junge Arbeiter, Angestellte u. a.

Marxistische Lehrbriefe erscheinen in fünf fortlaufenden Serien. Jeder einzelne Lehrbrief behandelt ein in sich abgeschlossenes Thema, das dem Hauptthema der jeweiligen Serie entspricht.

Es liegen vor:

Serie A: Gesellschaft und Staat

- ...Nr. 1: Wie der Mensch zum Menschen wurde
- ...Nr. 2: Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten (I) (Von der Urgemeinschaft bis zum Untergang des Feudalismus).

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

- ...Nr. 1: Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?
- ...Nr. 2: Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
- ...Nr. 3: Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?
- ...Nr. 4: Automation -- Freund oder Feind?
- ...Nr. 5: Die Wirtschaft der DDR, Teil I: Industrie
- ...Nr. 6: Die Industrie in der Sowjetunion Struktur -- Standorte -- Zahlen
- ...Nr. 7: Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

- Nr. 1: Reformation und Bauernkrieg 1517-1525
- Nr. 2: Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
- Nr. 3: Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert 1815-1835
- Nr. 4: Freiheit -- Gleichheit -- Brüderlichkeit (Die große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen)
- Nr. 5: Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
- Nr. 6: Deutschland in der Revolution von 1848/49
- Nr. 7: Roter Oktober 1917
- Nr. 8: Die deutsche Arbeiterbewegung 1848-1863

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

- Nr. 1: Die Wiederaufstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1947)
- Nr. 2: Von Potsdam nach Bonn: Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
- Nr. 3: Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

- Nr. 1: Geschichte -- Zufall oder Gesetz?
- Nr. 2: Die Grundfrage der Philosophie
- Nr. 3: Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
- Nr. 4: Freiheit in marxistischer Sicht, Teil I

Preis je Lehrbrief DM 0,80 (ab 1. August 68) plus Porto (offs., brosch., 20-32 Seiten)

Lieferbar sind ferner noch **Karl-Marx-Ansteckplaketten** zum Preis von DM 1,00 je Stück, bei Abnahme von über 5 Stück DM 0,25 Rabatt.

Bezug über

MARXISTISCHE BLÄTTER

Verlag / Vertrieb

6 Frankfurt am Main 90 Kurfürstenstraße 8 21

Komsomol-Geburtstag

lassung der KPD.“ Aus denselben Gründen begrüßten die hessischen Junggewerkschafter die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei.

Leidenschaftlich, aber sachkundig trugen die jungen Delegierten ihren Standpunkt vor. Sie streben für das Mitbestimmungsrecht der Jugend in Betrieb und Staat, das mehr Einflußnahme in der eigenen Organisation voraussetzt. Und sie sind bestrebt, sich mit anderen Kräften für ihre Ziele zu verbinden, wie ihre Beschlüsse zum Ostermarsch und zum Antikriegstag – 1. September – zeigen. Es zeigt sich eine Kampfbereitschaft, die auch die Bundesjugendkonferenz und die Zeit danach – das Wahljahr 1969 – bestimmen dürfte.

FORTSETZUNG VON S 19

„Länder enger an den Westen als an den Osten zu binden“ (Strauß, Entwurf für Europa, engl. Ausgabe). Oder das Festhalten am Alleinvertretungsanspruch mit dem Ziel „die internationale Anerkennung Pankows“ abzuwehren und die DDR der Welt zu zeigen als „Zerrbild eines Staates“ (Guttenberg, Wenn der Westen will, S. 183).

Friedensreden und Rüstungsmilliarden

Alle diese Bonner Maßnahmen entsprangen dem globalen Bemühen der imperialistischen Regierungen, das Rad der Geschichte wieder zugunsten der abgewirtschafteten kapitalistischen Gesellschaftssysteme zurückzudrehen. Vom Krieg in Vietnam bis zur sogenannten neuen Ostpolitik der Bundesregierung spannt sich der Bogen der strategischen Einflußnahme auf das sozialistische Weltlager, auf die demokratischen Aktionen der Völker in der kapitalistischen Welt und auf die nationalen Befreiungsbewegungen.

Die Friedens- und Freiheitsschallmeien, die von den Bonner Politikern in dem Maß lauter gestimmt werden, wie sie ihre eigenen militärischen Anstrengungen erhöhen, müssen zur Wachsamkeit ermahnen. Der Krieg in Vietnam wird von den Amerikanern mit erhöhter Grausamkeit geführt. Die Sowjetunion hat mit den verbündeten Warschauer-Pakt-Staaten gerade eben die Konterrevolutionäre Entwicklung in der CSSR abwehren können. Die imperialistischen Abenteurer zu stoppen, ist erste revolutionäre Pflicht.

Ob in Moskau, Lwow (Ukraine) oder Irkutsk (Sibirien) – für die jungen Sowjetbürger gibt es in diesen Wochen nur ein Thema: den 50. Geburtstag ihres Lenin'schen Komsomol, des mit 23 Millionen Mitgliedern größten Jugendverbandes der Welt.

Über 100 Millionen Mitglieder hat der Komsomol in diesen 50 Jahren gehabt. Komsomolzen kämpften in den Reihen der Roten Armee während des Bürgerkrieges ebenso wie gegen die faschistische Aggression.

Komsomolzen sind zu Hunderttausenden dem Ruf ins Neuland gefolgt. Unter dem Motto „Wer, wenn nicht wir; wann, wenn nicht jetzt“ haben sie das eisige Sibirien zum Leben er-

weckt. Komsomolzen gingen bei Temperaturen bis zu 58° unter Null daran, in der sibirischen Taiga eine moderne Industrie zu entwickeln.

Komsomolzen bauten moderne Industriestädte, wo vor sieben Jahren nur eine einsame Blockhütte an die Strafgefangenen der Zaren erinnerte. Bratsk am Angara ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Eine Stadt, deren Einwohner durchschnittl. 28 Jahre alt sind. Eine Stadt, die noch 1961 auf keiner Landkarte zu finden war.

Zehntausend Kilometer legte elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke bis nach Sibirien zurück. Über seine Erlebnisse und Eindrücke lesen Sie in den nächsten Ausgaben des elan.

Informationen

NACH EINER EXEMPLARISCHEN BETRIEBSREPORTAGE von Günter Wallraff in „Konkret“, dargestellt am Fall der Kettenfabrik August Thiele in Kalthoff bei Iserlohn, kauft die betroffene Firma im gesamten Umkreis rund 3000 Exemplare der Zeitschrift auf, um sie nicht in die Hände der Arbeiter kommen zu lassen. Die Wochenzeitung „Tat-sachen“ verbreitete danach einen Nachdruck des Artikels. Am Verkauf vor dem Werktor beteiligte sich auch der Autor. Anschließend fand im Jugendclubheim Iserlohn eine Diskussionsveranstaltung statt. Wallraff forderte die Arbeiter auf, den Kampf gegen Unternehmerwillkür aufzunehmen und mit der Bildung eines starken Betriebsrates zu beginnen.

DIE AUSGABE VON LEHRLINGS-MONATSKARTEN, die den Hamburger Lehrlingen mit Einkommen unter DM 200 monatlich Fahrpreisermäßigung zwischen 8 und 35 DM bringen, haben Hamburger Jugendliche erreicht. Einen entsprechenden Petition hatten sich rund 20 000 Lehrlinge angeschlossen. Etwa 40 000 Hamburger Jugendliche kommen in den Genuss der neuen Regelung. In der Petitionsschrift der Lehrlinge war eine Gleichstellung mit den Schülern und Studenten hinsichtlich der Fahrpreisermäßigung gefordert worden.

DAS WAHLALTER sollte entgegen den Forderungen aus der jungen Generation nicht herabgesetzt werden, meint Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jaeger. Wer das Wahlalter herabsetzen wolle, müsse auch für die Vorverlegung des Mündigkeitalters eintreten. Dies müsse aber unverändert bleiben. Im Übrigen bestehe zwischen dem Wehrpflicht- und dem Volljährigkeitsalter kein zwingender Zusammenhang. – Initiativen für die Herabsetzung des Wahlalters haben die SPD-Fraktion des hessischen Landtages und der 9. ordentl. Gewerkschaftstag der IG Metall ergriffen.

SCHARFE KRITIK DER JUGENDVERBÄNDE ist das Echo auf den Regierungsentwurf für den Bundesjugendplan 1968. Die im vorigen Jahr vorgenommenen Kürzungen sollen nicht rückgängig gemacht werden. Erhebliche Unzufriedenheit hat auch die Absicht des Familienministeriums ausgelöst, die ihr durch Vertrag und Personalunion verbundene Deutsche Gesellschaft für Internationale Jugendaustausch mit zusätzlichen DM 500.000 verstärkt zu begünstigen.

WALTER HAAS WURDE AUF VORSCHLAG des DGB-Bundesjugendausschusses vom Geschäftsführer des DGB-Vorstand zum neuen Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes berufen. Der 27jährige Maschinenschlosser aus Solingen übernimmt sein Amt von Helmut Neukirch, der zum Kreisvorsitzenden des DGB-Kreises Dortmund gewählt wurde.

Gründungskongress eines Aktionsbündnisses zur Bundestagswahl 1969, Dortmund, 2. November 1968

35. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes, Ludwigshafen, 13. – 15. November 1968

7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Braunschweig, 22. – 23. November 1968

Jugendkongress der SPD, Bad Goisberg, 23. – 30. November 1968

Bauernkongress der „Agrarpolitischen Opposition“, Dortmund, 1. Dezember 1968

Termine



elan-Lexikon

An dieser Stelle sind wir bemüht, bestimmte viel gebrauchte Begriffe zu erläutern. In dieser Ausgabe schreibt Reinhard Merker aus Dortmund.

„Entfremdung“

Mit genalem Scharfblick und großem Einfühlungsvermögen hat Marx bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts erkannt: Daß der Arbeiter sich selbst, dem Produkt seiner Arbeit und auch der Gesellschaft „entfremdet“ ist. Er wird durch die ausbeuterische Haltung der Finanzmagnaten gezwungen, Abhängigkeitsverhältnisse einzugehen, die eine freie menschliche Entfaltung nicht zulassen; die mechanische Tätigkeit, die er gleichsam als Teil einer Maschine leisten muß, bringt seine individuellen Begabungen nicht zur Geltung, sondern läßt sie verkümmern. Darum ist er ferner nicht imstande, sich mit dem Produkt seiner Arbeit zu identifizieren, zumal ihr rein materieller Ertrag ihm selbst nur zum geringsten Teil zu kommt. Weiterhin ist der Arbeiter der Gesellschaftsordnung entfremdet, weil sie solch entwürdigende und inhumane Situationen bedingt.

Doch hierin sieht Marx schon die Voraussetzung einer Wendung zum Besseren: zu einem produktiven Klassenbewußtsein der Arbeiter, das sich gegen ein System wendet, dem materielle und psychische Schädigungen einer großen Gruppe nichts bedeuten, solange nur die Interessen der besitzenden und beherrschenden Schicht gewahrt bleiben. Befreiung von der Entfremdung wie auch von der materiellen Benachteiligung findet der Arbeiter nach Marx in der Klassenlosen Gesellschaft, wo Arbeit als individuell-schöpferischer Vorgang zur Deckung eigener Bedürfnisse und ebenso als freiwillige Dienstleistung für die Gemeinschaft aufgefaßt wird.

220 Orts- und Stadtteilausschüsse wurden gebildet, 40 Betriebsausschüsse, 10 Landesausschüsse. Die statistischen Zahlen ließen sich noch weiterführen:



elan magazin

DKP: Ruck nach vorn

Nach 3 Wochen:
6000 mal JA
zur DKP.

Von Bernd Schönauer

Kommunisten aus der Retorte? Bei der konstituierenden Sitzung der DKP in Solingen waren die Beobachter von der örtlichen Presse bestürzt. Ihre Bestürzung wäre kaum größer gewesen, wenn Kossygin an der Veranstaltung teilgenommen hätte. Der Grund war die große Zahl junger Teilnehmer. Diese Kumpels, die noch in die Hosen machten, als Reimann im Bundestag vom Leder zog und die mit dem kleinen Einmaleins begannen, als die KPD verboten wurde; sie führten die Diskussion und zeigten, daß es Ihnen ernst ist mit ihrer Forderung nach Demokratie und Sozialismus.

Doch hierin sieht Marx schon die Voraussetzung einer Wendung zum Besseren: zu einem produktiven Klassenbewußtsein der Arbeiter, das sich gegen ein System wendet, dem materielle und psychische Schädigungen einer großen Gruppe nichts bedeuten, solange nur die Interessen der besitzenden und beherrschenden Schicht gewahrt bleiben. Befreiung von der Entfremdung wie auch von der materiellen Benachteiligung findet der Arbeiter nach Marx in der Klassenlosen Gesellschaft, wo Arbeit als individuell-schöpferischer Vorgang zur Deckung eigener Bedürfnisse und ebenso als freiwillige Dienstleistung für die Gemeinschaft aufgefaßt wird.

Die DKP scheint die Erwartungen so mancher Politiker in Bonn nicht ganz zu erfüllen. Und in der „Welt am Sonntag“ wird jammernd von H.-G. Studnit festgestellt, daß sich die DKP nicht so reformkommunistisch entwickelt, wie man sich dies vorgestellt hat. Georg Polikeit, Mitglied des 31-köpfigen Bundesausschusses bemerkte zu diesem Thema: „Wir akzeptieren keine politischen Auflagen, wie sie von Regierungsseite verschiedentlich mit dem Begriff „Neugründung“ verbunden wurden.“

Gesammelt wurden z. B. in:
Moers 3 922 DM
Dortmund 1 290 DM
Duisburg 1 960 DM

Das Durchschnittsalter der Mitglieder beträgt in Nordrhein-Westfalen 37,5 Jahre.

In „elan“ 11/67 schrieben junge Leute: „Wir wollen Kommunisten werden.“ Da pfeif ich doch auf die ganze Konzertierte Aktion, wenn wir Arbeiter auf die Straße fliegen. Darüber reden die in Bonn doch gar nicht. Glauben Sie, das wäre möglich, wenn ein paar Kommunisten im Bundestag wären? Die würden den Burschen doch astrein die Meinung geigen.“

Ist Genosse Trend zu den Kommunisten übergegangen? In Essen, Köln, Wuppertal und Gelsenkirchen erklärten sofort nach dem 25. September fast hundert Jugendliche, sie wollen Mitglied werden.

Jugendliche aus Gelsenkirchen: „Wir werden der DKP beitreten, weil dort unsere Forderungen nach Mitspracherecht der Jugend in allen betrieblichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen vertreten werden.“

Die Aktivität geht weiter: Betriebsgruppen bei Ford, Bayer Leverkusen, den Bochumer Stahlwerken, Mannesmann Hüttlingen, einigen Zechen, den Henschel Werken in Kassel und in der Maschinen- und Armaturenfabrik Tewes in Frankfurt.

Die am 25. September in Frankfurt konstituierte DKP hatte in der Tat einen Aufschwung zu verzeichnen wie sonst keine andere Partei. 6 000 Personen erklärten in den 3 Wochen, die die Partei besteht, ihre Bereitschaft, Mitglied der DKP zu werden.



Kanonenkönig '68

Wo die Ausgaben für die Rüstung erhöht werden, darf auch Krupp nicht fehlen.

Von Peter Rath

Adolf Hitler sprach den Krupps die „höchste Anerkennung für die unvergleichliche Leistung bei der Verstärkung der militärischen Macht Deutschlands“ aus. Daß er Recht hatte, unterstrich der US-Hauptankläger Taylor als man 1947 über den Alleinherrschern des Krupp-Konzerns zu Gericht saß. Krupp repräsentierte „über einen Zeitraum von 130 Jahren“ den deutschen Angriffsgeist. Nach diesem Ruf nach „Weltgeltung“ und Aufträgen gefüsstes es die neuen Herren bei Krupp, die an den Verteidigungsausschuß des deutschen Bundestages schrieben:

„Der Krupp-Konzern ist, was sicherlich nicht allgemein bekannt sein dürfte, auf dem Rüstungssektor in vielseitiger Form tätig. Wir erlauben uns, in der Anlage eine Übersicht zu übersenden, die Ihnen ein Bild vermitteln möge über die Tätigkeit unserer Firma auf die-



Rüstungsgeschäft und die Kriegspolitik verbanden sich immer: Hitler besuchte die Krupp-Werke in Essen. Im Bild rechts: „Reichsführer der Industrie“ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach.

sem Gebiet, die wir in Zukunft noch intensivieren möchten. Wir sind daher an Aufträgen der Bundeswehr für Lieferung, Entwicklung und Forschung lebhaft interessiert.“ Als Alfred Krupp von Bohlen und Halbach 1951 aus alliierter Haft entlassen wurde, gelobte er: „Wir werden nie mehr Kanonen bauen“. Der Schwur war höchstens zehn Jahre gültig, dann war er gebrochen:

- seit 1961 montiert die Weserflug in Bremen, an der Krupp beteiligt ist, Starfighter für die Bundeswehr,
- seit 1964 bauen die zum Krupp-Konzern gehörenden Atlas-Werke in Bremen Klein-U-Boote für die Bundeswehr.

Der Krupp-Konzern lieferte nicht nur der Bundeswehr die 480 Bergungspanzer „Standart“, er beteiligte sich — nach eigener Darstellung „maßgeblich“ — an der Konstruktion des Kampfpanzers „Leopard“. Der Krupp-Konzern möchte die Tätigkeit auf dem Rüstungssektor „in Zukunft noch intensivieren“, so denkt man u. a. an den „Bau von Kriegsschiffen“. Direkte Kontakte sollen das Interesse der Mitglieder des Bonner Verteidigungsausschusses an Rüstungsproduktion der wiedererstandenen Waffenschmiede fördern. Der Ausschußvorsitzende Zimmerman (CSU) nahm eine Einladung des Krupp-Konzerns an.

Herdings-Sex als Beispiel

Ein SPD-Landtagsabgeordneter aus Bayern attackiert im Pressediest seiner Partei den „Aufklärungsunterricht“

Von Dr. Reinhold Kaub, MdL

Nicht Chromosomenlehre, sondern Geschlechterziehung, fordert unsere lernende Jugend. Kaum eine Schülerzeitung, in der nicht von den Lehrern ver-

Sexualaufklärung wird hierzulande vielfach mit fadenscheinig gewordenen Moralvorstellungen verquickt oder mit Heuchelei betrieben, so daß die sachlichen Zusammenhänge verborgen bleiben. Darüber täuschen auch die bislang angebotenen Aufklärungsstratagie nicht hinweg, die die Situation noch fragwürdiger machen. Die deutsche Ausgabe der schwedischen Aufklärungsbroschüre „SAMSPÉL“ (Zusammenspiel) ist jetzt mit dem Titel „AUFKLÄRUNG“ erschienen. Sie füllt eine Lücke, den der bis heute in unserem Land in völlig unzureichendem Maße erfolgte „Aufklärungsunterricht“ hinterlassen hat. Die Broschüre ist gegliedert in: Sexualtrieb — „Petting“ — Beischlaf — Geschlechtsorgane — Befruchtungsvorgang — Geschlechtskrankheiten — Unfruchtbarkeit — Persönliche Hygiene — Empfängnisverhütung — Zusammensein — Sexuelle Probleme. Im Anhang finden sich

langt wird, mit den Schülern endlich dieses Thema zu behandeln. „Das ist primär Sache des Elternhauses“, denken manche Lehrer, und so meinte es auch Staatssekretär Lauterbach Anfang dieses Jahres im Bayerischen Landtag. Nur: Wenn die Eltern dieser Aufgabe gewachsen wären, würden die Schüler wohl kaum so leidenschaftlich für Geschlechterziehung an den Schulen eintreten.

Das wird die 16jährigen Schüler, für die der Klett-Verlag unter dem Thema „Fortpflanzung und Entwicklung“ im Biologiebuch über Menschenkunde (Auflage 1966!) so Tiefschürfendes veröffentlicht, sicherlich in atemlose Spannung versetzen. Und sie werden angeregt weiterlesen und endlich zu der entscheidenden Stelle kommen:

- „Beim erwachsenen Menschen ist die Verschiedenheit der beiden Geschlechter leicht festzustellen. Auffallend ist der Unterschied in der Stimmhöhe. Die Stimmbänder des Mannes sind 25 mm lang, die der Frau nur 15 mm... Bekannt ist, daß beim weiblichen Geschlecht das Kopfhaar länger ist, daß sich dagegen beim Mann ein Bart entwickelt.“
- „Wichtiger sind die Unterschiede im Körperbau der bei-



Worterklärungen, Anschriften von Beratungsstellen und Informationen über den Bezug der Pille sowie ein Literaturverzeichnis.
(AUFKLÄRUNG, Verlag Julius Beltz, Weinheim, Bestell-Nr. 18208, 80 Seiten, broschiert DM 4,-)

den Geschlechter. Die Männer werden in Deutschland durchschnittlich 172 Zentimeter groß, die Frau 160 Zentimeter.“

Wenn man dann liest, daß die Frau die Brustatmung bevorzugt, beim Mann aber die Zwerchfellatmung noch hinzukommt, dann weiß man natürlich eine ganze Menge über den Menschen. Das in der Überschrift angesprochene Thema „Fortpflanzung“ wird allerdings nicht behandelt. Kein Wunder, daß bei derart lichtvollen Ausführungen unsere Jugend nur noch achselzuckend lacht und zu Oswald Kolle greift.

Wer glaubt, andere Unterrichtsbücher seien aufschlußreicher, irrt. Kein Biologiebuch — ob für Realschulen oder für Gymnasien — kann für sich in Anspruch nehmen, die junge Generation aufzuklären. Man schreibt „Menschenkunde“; zu lesen ist aber von „Rückkreuzung“, über den Feinbau der Chromosome und die molekulare Struktur der Gene. Und den meisten Autoren haben es die Mendelschen Gesetze angetan. Bei diesem Thema wurde nicht mit Druckschwärze gespart. Natürlich alles sehr wichtige Dinge, aber doch recht fatal, wenn der junge Mensch über seine Geschlechtlichkeit nichts erfährt. ➤

Die physiologische Darstellung des männlichen und des weiblichen Körpers ist wenigstens beim altbewährten „Schmeil“ (Auflage 1967) gut. Aber auch er verliert kein Wort über Geschlechterziehung. Geradezu lächerlich sind die Arbeitsanleitungen im Lehrbuch für die Realschulen von Bukatsch. Unter dem Thema „Menschenkunde: Fortpflanzung und Entwicklung“ heißt es:

- „Untersuche im Mikroskop bei starker Vergrößerung einen Tropfen mit Wasser verdünnter „Heringsmilch“ aus einem frischen grünen Hering...“
- „In einer Fischzuchanstalt kann man die künstliche Befruchtung abgestrichenen Fischrogen mit zugesetzter Milch beobachten.“

Wer nach solchem Unterricht das Reifezeugnis erhalten hat und dennoch Einzelheiten über das andere Geschlecht weiß, hat selbst nachgeschaut! Hoffentlich wird bei der künftigen Neufassung der Lehrbücher

daran gedacht, daß Schulbücher nicht dazu da sind, den Autoren Ansehen und Geld zu bringen. Sie sollen vor allem dem Schüler das Wissen vermitteln, das er fordert und benötigt. Es heißt ja immer, daß Kinder nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Dann darf man ihnen aber auch nicht die Antworten auf die wichtigsten Lebensfragen vorenthalten.

Warum läßt man die Schüler bei der Ausarbeitung eines Lehrbuches nicht in der Weise mitarbeiten, daß sie die Fragen stellen, auf die sie eine Antwort haben wollen? Es wäre dann Aufgabe der Autoren, die von den Schülern gestellten Fragen in zuverlässiger und der Altersstufe entsprechender Weise zu beantworten. Dann würde vielleicht auch die weitere Forderung erfüllt, daß Geschlechterziehung als Erziehungsprinzip den gesamten Unterricht durchdringen muß und nicht auf den Biologieunterricht beschränkt werden darf.

Ideologische Alibi-Zeugen werden zitiert und auf Großotos abgebildet: Berthold Beitz, Karl Danzer (Chef der Karl-Danzer-GmbH in Reutlingen) oder Dr. Karl-Heinz Sonne (Vorstandsmitglied der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln). Dr. Gerd Tacke, Vorstandsmitglied der Siemens AG, plaudert unverhohlen aus der Kapitalisten-Schule: „Wir werden nur weiter exportieren können, wenn in den Entwicklungsländern eine kraftvolle

Die „Schwatten Brüder“

Entwicklungshilfeausstellung:
Neokolonialismus im NPD-Geist

Von Martin Buchholz

Industrieausstellung unter dem Westberliner Funkturm. Das übliche. Ausgenommen vielleicht die Abteilung Elektronik. Üblich auch die angegliederte Schau „Partner des Fortschritts“ mit Kunsthandwerk aus aller Herren Länder. Genauer: Länder, die oft nur einen Herren oder fremde Herren kennen. Unsere „Partner“ sind demnach faschistische oder halbfaschistische Länder wie Haiti, Indonesien, Bolivien, Südkorea, Formosa oder der Iran. Von den Stellwänden lächeln der Schah und „Papa“ Duvalier, Tschiang Kai Tsche und der Friedenspreiser Senghor. In einem besonderen Zelt wirbt das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Titel „Entwicklungshilfe — eine Politik für die Zukunft“. Diese kleine Sonderausstellung



Wischnewski: Den schwatten Brüder 'was verkloppen.

Industrialisierung vor sich geht.“ Man muß den „schwatten Brüder“, „diese Neger“ (so Jürgen von Manger auf einer Public-Relations-Platte des Bonner Ministeriums) helfen, „damit wir ihnen später verkloppen können, was bei uns auf der Halde liegt.“ Schließlich: „Die Bundesrepublik ist die zweitgrößte Handelsnation der Welt“. Außerdem ist Entwicklungshilfe eine Art Lebensversicherung gegen „die Schwatten“, denn: „Millionen Menschen sind nicht länger bereit, die Armut als ein unabänderliches Schicksal hinzunehmen. Aufstände, Revolutionen und Kriege bedrohen uns.“

Das ändert sich sofort, wenn wir erst richtig an den Entwicklungsländern verdienen. Das muß selbst den hartnäckigsten Neoz Nazi überzeugen: Am deutschen Entwicklungswesen wird die Welt genesen...

„Mit sportlichen Grüßen!“

NPD-Geist im Sport:
Verbilligte Karten nur für wehrhafte Vaterlandsverteidiger!

Von Karl-Heinz Jung

Am 14. 9. 1968 besuchte Jürgen Bartholomy das Bundesliga-Heimspiel von Alemannia Aachen gegen Eintracht Braunschweig. Jürgen Bartholomy ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer und leistet zur Zeit seinen Ersatzdienst ab. Im Vertrauen auf den Artikel 3 des Grundgesetzes, wonach niemand wegen religiöser oder politischer Überzeugungen bevorzugt oder benachteiligt werden darf, zeigte er seinen Ersatzdienstausweis vor, um eine billigte Eintrittskarte zu erhalten. Eine Eintrittskarte, wie sie auch Soldaten, Schwerkriegsbeschädigten, Studenten und Schülern gewährt wird. Der Kartenverkäufer jedoch verweigerte ihm die billigte Karte. Jürgen Bartholomy wandte sich daraufhin an die Geschäftsstelle

von Alemannia Aachen mit der Bitte, ihre Kartenverkäufer über die rechtliche Gleichstellung von Soldaten und Ersatzdienstleistenden aufzuklären. Er verlangte weiter eine Zurückstellung von 2,50 DM, die ihm zu viel abverlangt wurden.

Nach drei Tagen kam ein Antwortschreiben des Präsidenten von Alemannia Aachen, Leo Föhren. Darin sicherte er seinem dienstabenden Kartenverkäufer vollste Unterstützung zu, weil der Sportverein Alemannia Aachen der Ansicht sei, „daß wir es nur unseren Natomächten und unserer Bundeswehr zu verdanken haben, daß wir nicht seit geraumer Zeit das Schicksal der Tschechoslowakei teilen müssen.“ Weiterhin in markigen Worten der 1. Vorsitzende: Nur solche Sportfreunde sollen in den Genuss des Vorzugspreises kommen, „die das graue Ehrenkleid unserer Wehrmacht (!) tragen oder in den letzten Kriegen ihre Gesundheit für das Vaterland herge-

geben haben.“ Weiter meinte der Vorsitzende, es würde sich der Verein keineswegs gekränkt fühlen, wenn Jürgen Bartholomy die Heimspiele von Aachen nicht mehr besuchen würde.

Die Empfehlung „mit sportlichen Grüßen“ sollte wohl auf die „rein sportlichen“ Gründe des Vorsitzenden hinweisen. Es ist eben das Pech Jürgen Bartholomys, noch keinen zerschossenen Fuß zu haben oder nicht anhand eines fehlenden linken Armes nachweisen zu können, daß er das „graue Ehrenkleid unserer Wehrmacht“ getragen hat.



Friede im Hause Brandt

Die Soraya-Presse dankt Peter B. für die Einsicht

Von Uwe Sommer

Die „Neue Welt“ ließ kürzlich einmal von Soraya und Farah ab, um sich ein wenig der Familie unseres Bundesaußenministers zuzuwenden. Und da ist ja auch immer was los. Zum Beispiel der Ärger mit Sohn Peter (19). Dieser trieb es in seiner Aufmüpfigkeit soweit, daß sich sogar Berliner Ge-

richte mit dem demonstrierenden Promi-Sohn beschäftigen mußten.

Frohe Kunde kann „Neue Welt“ nunmehr vermelden: „Peter Brandt war in Berlin einer der ersten, die gegen die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei protestierten.“

„Plötzlich war er wieder einer Meinung mit dem Vater.“ Nun, so plötzlich geschah das sicher nicht, schon früher traf Peter mit Pappi telefonische Absprachen, wenn er innerhalb der APO den bösen Stalinisten mal so richtig eins auswischen wollte. Aber jetzt findet man sie schwarz auf weiß in Bundesdeutschlands Hofberichterstattung, die hoffnungsvolle Frage: „Jetzt ganz versöhnt?“ Erleichtert schluckt Leserin Amalie M. (52) aus Mönchengladbach ein Extra-Sahnetörtchen: „Wenigstens Ruth und Willy jetzt ohne Herzleid!“ Wer atmet nicht ebenfalls auf?

Es stand im elan

... wie „Die neue Gestapo“ in den Chemischen Werken Hüls in Marl die Diktatur probt und wie sie 17 000 Belegschaftsmitglieder bespitzelt. Die Enthüllungen von Hans-Jörg Hennecke (Juli-August 68) versetzten die Werksleitung in helle Aufregung. Am 2. Oktober wurde allen „Mitarbeitern“ die CWH-Werkzeitschrift „Blick vom Hochhaus“ zugestellt, in der Werkschutzchef Gerd Baitz über die Harmlosigkeit seiner Spitzeltruppe plaudert. Über den berüchtigten „Ermittlungsdienst“: Er habe die Aufgabe, „alle bekanntgewordenen Verstöße gegen die Betriebssicherheit (!) oder die betriebliche Ordnung (!) sachlich und objektiv aufzuklären“. Weiter: „Irgendwelche Konsequenzen dürfen nicht vorgeschlagen werden, ohne daß dem Betroffenen Gelegenheit gegeben wurde, sich frei und unbeeinflußt zur Sache zu äußern.“ 183 Mitarbeiter, so erfährt man, stehen dem Werkschutz zur Verfügung, nur 20 von ihnen seien bewaffnet, „im wesentlichen (!) bei der Begleitung von Geldtransporten“. „Keine Geheimwaffen“ seien die Handsprechfunkgeräte. Sie dienten der „Sicherheit

des einzelnen Werkschutzkollegen auf abgelegenem Werkgelände“ — eine Bemerkung, die auf keine große Beliebtheit der Schnüffler hindeutet.

... die „Wahrheit über Kiesinger“, über die NS-Vergangenheit des heutigen Bundeskanzlers (Beate Klarsfeld in der Juli-August-Ausgabe 1968). Kiesinger hat als Zeuge in einem Judenmordprozeß behauptet, er habe im Auswärtigen Amt der NS-Zeit nicht mehr über die „Endlösung der Judenfrage“ gewußt als alle anderen Deutschen. Der schweizerische Nationalrat Schmid schrieb dazu am 12. August in der Zürcher „Neuen Presse“: „Die Zeugenaussagen des deutschen Bundeskanzlers machen einen höchst peinlichen Eindruck und lassen dessen Wahrheitsliebe in äußerst fragwürdigem Licht erscheinen.“ Ebenfalls im August war ein Dokument des Reichsausßenministeriums vom 23. Mai 1942 mit der Signatur der Nürnberger Prozesse NG 4567 wiederentdeckt worden. Darüber berichtete „Die Welt“: „Im Ministerium des damaligen Reichsausßenministers Joachim von Ribbentrop hat

man sich nicht, zumindest nicht immer und nicht in allen Abteilungen an die Sprachregelung ‚sonderbehandelt‘ oder ‚evakuiert‘ gehalten, die die SS bis zuletzt als Tarnung für ermordet‘ gebrauchte. Im Auswärtigen Amt wurde ungehindert die Wahrheit in die Schreibmaschine diktiert: ‚liquidiert‘.“ Aber Kiesinger wußte von nichts ...

... daß Beate Klarsfeld, die wegen ihrer Veröffentlichungen über die NS-Vergangenheit Kiesingers entlassene Sekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, ihren Streit mit dem DFJW nicht von dem zweiköpfigen Schiedsgericht dieses Gremium austragen wollte. Grund: weil ihm mit Dr. Hailer ein ehemaliger NS-Funktionär angehörte (3/68). Von seiner Funktion als Mitglied des DFJW-Schiedsgerichtes ist der Präsident des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes Dr. Walter Hailer jetzt zurückgetreten. Dazu Beate Klarsfeld: Ein „erster und wichtiger Schritt“, um zu verhindern, daß ehemalige Nazis in deutsch-französischer Institutionen berufen werden.



Hermann Sittner

Kreuzritter

Rund 600 Ritterkreuz-bewehrte Männer kamen in die Stadthalle Kassels, als am 21./22. September die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ zu ihrer Jahreshauptversammlung blies. Was sich die Kreuzritter Hitlers zu sagen hatten, sollte nicht an die Öffentlichkeit: die Presse blieb ausgeschlossen. Junge Bundeswehrrekruten, vom Standortältesten Kassel abkommandiert, versahen den Ordnungsdienst und die Türkontrolle — freiwillig natürlich.

Sie überprüfen die Einladungen und Mitgliedsausweise, vergleichen sie mit dem Mitgliederverzeichnis. Und machen Entdeckungen: „Ist ja toll — da hat der doch seinen SS-Dienstgrad in den Wehr-



Treffen

machtsrang übersetzt. Und kommt auch noch aus Madrid!“ Halblaut geht die Information an einige Kameraden. „Und der, der ist extra aus Südamerika gekommen!“

Ebenso wie ich bleibt zunächst ein anderer an der Kontrolle hängen: Er ist nicht Mitglied der „Ordensgemeinschaft“ nein, und er hat auch kein Ritterkreuz vorzuzeigen. Aber er kennt einige Herren, einen General, einige Obersten, sie sind nicht anwesend, leider. „Haben Sie einen Ausweis?“ Natürlich, einen Ausweis hat jeder. Der Herr ist von der Kripo. Ich wittere eine Chance: „Sind Sie dienstlich hier?“ (denn dann müßte man mich auch reinlassen). „Wollen Sie viel-



Über Prag nachdenken

Prag bewegt die Gemüter, und die Liedermacher. Die Vorsänger der Opposition verweigern den Springer und Strauß den Dienst, auch diesmal. Degenhardt und Brannasky weisen die neuen „Hüter des Kommunismus“, die von Direktoren sesseln herab sich bei Sozialisten anbiedern, in die Schranken. Suchend, wo sein Platz in dieser komplizierten Situation ist, weiß Degenhardt eines sicher: Nicht bei ihnen. Einen Schritt weiter geht Wolf Brannasky. Dem Kapital die Rückkehr nach Prag verwehren, ist seine Lösung.



Ruhme des „Führers“, und ein Sieg war um so gewichtiger, je mehr Opfer er kostete. Oder auch für besonders standhaftes Aushalten, für „Verteidigung bis zum letzten Atemzug“. — Die Helden hier atmen noch immer.

Und wirken — in den verschiedensten Bereichen. In der Industrie zum Beispiel, als „Verkaufsvertreter“, als Direktoren, als Aufsichtsratsmitglieder: 65 bis 70 Prozent der Führungskräfte der Großindustrie kommen aus dem faschistischen Generalstab, aus der SS und von den Adolf-Hitler-Schulen, meldete das Wirtschaftsmagazin „Capital“ Nr. 4/68. Und in der Bundeswehr. Da wirkt ihr

Geist, und nicht nur der: Die Namen der Führungsspitzen — ehemaliger und heutiger — sprechen Bände: Speidel, Heusinger, Foertsch, Schnez, Zenker, Kammhuber. Die Tradition der Hitler-Wehrmacht wird hochgehalten; Kasernen und Schiffe nach Nazi-Befehlshabern benannt.

Kassels Repräsentativ-Bau am Sonntagvormittag: Des „Gröfaz“ (Größter Feldherr aller Zeiten) treue Diener haben Geläste auf eine „Gedenkveranstaltung“. Wessen gedenken Sie? Erinnern Sie sich — bei den Klängen der Bundeswehrkapelle — an den Befehl, den sie gegeben haben und der ihnen das Ritterkreuz, den jungen Soldaten aber ein Kreuz aus Holz brachte? Ein Ritterkreuz von Hitler erhielt man nur für gewichtige Siege zum



wehr in „Hab-acht-Stellung“ abschreiten.

Ehre für jene, die ihrem „Führer“ bis zuletzt folgten, die für ihn zum Sterben befahlen. Ehre für jene, denen die höchsten Orden für ihren Einsatz in einem verbrecherischen Krieg, für ein verbrecherisches Regime überreicht wurden.

„Dieses Land (Bundesrepublik Deutschland) kann wie wenige auf dieser Welt von sich sagen, daß es in diesen zwanzig Jahren wahrhaft dem Frieden gedient hat.“ (Bundeskanzler Kiesinger am 8. 10. 68)

Wolf Brannasky:

Über Prag nachdenken

Überlegt's euch mal:
wem das was nützt, und was das heißt,
wer da die Fäden zieht,
und wer da wen bescheißt.

Wenn Schütz und Co. über'n Ku-damm demonstriern
und heuchelnd liberalen Sozialismus postulieren,
wenn der Springer vor lauter Freiheitsdrang vergibt,
daß bei uns die KP noch verboten ist.

überlegt's euch mal!

Wenn dem Nazi-Kanzler die Träne rinnt,
weil die tschechischen Felle davongeschwommen sind.
Wenn die Großfinanz auf den Hradchin schleicht
und dann die Sowjets mit den Nazis vergleicht.

überlegt's euch mal!

Jetzt stirbt in Bonn ein schlauer Plan:
Herr Leber hätt' die Autobahn
ganz gern, ganz schnell gen Prag geführt
und die Tschechen nach westlichem Muster formiert.

überlegt's euch mal!

Du suchst dir da 'nen Standpunkt aus,
bleibst kritisch oder hältst dich raus
und sprichst gerürt von Aggression
und dann schluckt dich die Reaktion.

überlegt's euch mal!

Die alte Clique lädt zum Ball:
Faschismus tanzt mit Kapital.
Mein Freund, wer das nicht haben möcht',
dem — mein' ich — sind auch Panzer recht!

überlegt's euch mal!

Franz Josef Degenhardt:

Zu Prag

Seit Tagen
rufen sie bei mir an,
die Beobachter von Mißständen
aus Funk- und Zeitungs-
und anderen Häusern.
Degenhardt, sagen sie,
oder vertraulich Väterchen,
Nun, was sagen Sie jetzt
zu Prag?
Ach die widern mich an.
Endlich, endlich
dürfen sie die in Jahren hinuntergewürgte,
dürfen sie Kritik
hinauskotzen,
diesmal darf man vom Leder ziehen
zu Prag.
Beifällig nicken Verleger und Intendanten.
Und wir, Freunde,
es scheint, wir haben gut gearbeitet.
Denn hört euch diese Typen an,
die Vorsitzenden der Aufsichtsräte,
die Vorstände und Herren der Konzerne
und deren Sachverwalter
auf Regierungs- und anderen -bänken.
Sie sind empört,
weil der Aufbau des Sozialismus
gehemmt worden ist
zu Prag.

Sie trauern
und sprechen von Scham,
die Stalingradkämpfer,
die Makler und Generale
und deren Sachwalter
in Zeitungs- und anderen Häusern.
Sie trauern,
weil der Sprung, voller Wagnis,
auf eine höhere Stufe des Sozialismus
nicht stattfinden durfte
zu Prag.

Nein,
wir hören genau hin.
Sie sagen „das goldene Prag“.
Und wenn die Gold sagen,
meinen sie Gold,
die Herren,
die den Vorfall in der Schweinebucht
peinlich,
den Vorfall in Santa Domingo
gelungen,
den Vorfall in Griechenland
überhaupt nicht benennen.
Nein, mit diesen Herren
(und mit den Herren ohne Eier, versteht sich)
teilen wir nicht
unsere Wut
über den Sieg der Panzer
zu Prag.

Rußland,
Mütterchen Revisionismus,
wir sind lange noch
auf dich angewiesen
fürcht ich.

Der Kaiser ging...

Fortsetzung von Seite 11

weise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (polnischer Korridor, Oberschlesien) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik.“ Stresemann hebt hervor, „... daß sich keines dieser engeren oder weiteren Ziele verwirklichen läßt, ohne daß neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationen unter deutsche Staatshoheit gestellt werden.“¹⁷⁾

OHNE AN DIESEN SCHWINDEL ZU GLAUBEN. Der doppelzüngige Stresemann, der es bis zum Friedensnobelpreis-Träger bringt, verfährt nach einem Rezept, das von seinem adeligen Intimus, Graf Stolberg-Wernigerode stammt. 1925 hat der Graf im Auftrage des Auswärtigen Amtes eine Denkschrift angefertigt, die von Stresemann persönlich zur Weiterleitung an den Reichspräsidenten empfohlen wird. Darin heißt es: „Gerade in unserer Lage müssen wir den Mund vollnehmen von Friedensphrasen, Völkerversöhnung usw., ohne deshalb an diesen Schwindel zu glauben, uns leichtfertig darauf einzustellen und dann bei jeder Gelegenheit darauf hereinzufallen.“¹⁸⁾

GEBIETSFORDERUNGEN DAMALS. Für die deutsche Außenpolitik sieht Stresemann, wie er in einem vertraulichen Brief an den Ex-Kronprinzen schreibt, „... drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist. Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen,¹⁹⁾ die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben. Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß Deutsch-Österreichs...²⁰⁾

Dem Mann auf der Straße redet Stresemann ein, diese Ziele seien mit „friedlichen Mitteln“ erreichbar. Adenauer folgt nach 1945 seinem Beispiel.

Bei den Geheimverhandlungen mit den Westmächten lockt der deutsche Außenminister die ehemaligen Kriegsgegner, Deutschland braucht Waffen, um in einem künftigen Krieg gegen die Sowjetunion an der „Rettung der Zivilisation“ teilnehmen zu können. Übrigens mit dem gleichen Erfolg, wie 30 Jahre später Konrad Adenauer.

Britanniens Außenminister, der ebenso ehrenwerte wie naive Sir Chamberlain, versichert: „Diejenigen, die Deutschland entwaffnet haben, (werden) die ersten sein, die Deutschland wieder bewaffnen.“²¹⁾

Drei Jahrzehnte später werden wiederum „diejenigen, die Deutschland entwaffnet haben, die ersten sein, die Deutschland wiederbewaffnen“, und wieder muß der Kommunistschreck als Alibi dafür herhalten.—

WEHRLOS — EHRLOS? Im Grunde ist Deutschland nach dem verlorenen Krieg noch glimpflich davongekommen. Bedenkt man die brutalen Eroberungspläne, die das kaiserliche Deutschland im ersten Weltkrieg verfolgte, so haben sich die Siegermächte tatsächlich Zurückhaltung auferlegt. Deutschland muß zwar laut Versailler Vertrag die Zeche für den Krieg zahlen, aber es bleibt unbestritten Großmacht in Mitteleuropa.

Es gibt auch bürgerliche Politiker, die zu dieser nüchternen Einsicht kommen. Willy Hellpach beispielsweise, demokratischer Präsidentschaftskandidat im Jahre 1925, äußert sich so: „Gemessen an der Schwere seiner Niederlage sind ... Deutschlands Gebietsverluste durch den Weltkrieg verhältnismäßig geringfügig.“ Deutschland hat, so meint Hellpach, Gebiete verloren, „die wir besser nie besessen hätten“, und Abrüstung ist „der erwünschteste Zustand, in dem ein Volk sich gegenwärtig befinden kann.“²²⁾

Allerdings: Für die Mächtigen der Schwerindustrie ist es der unerwünschteste Zustand, der überhaupt denkbar ist. Und da ihr Einfluß ungebrochen ist, hält die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Politiker, Parteien und Verbände das Schwungrad des Revanchismus in Bewegung, um die „kochende Volksseele“ zur Triebkraft des Geschehens zu machen.²³⁾

Presse und Funk, Schule und Universität verbreiten das Märchen, Deutschland sei in den bestehenden Grenzen nicht lebensfähig, und Wehrlosigkeit bedeute Ehrlosigkeit.

Mit Argumenten wie: Deutschlands Unglück bestehe darin, daß es zu klein, Polens Unglück sei dagegen, daß es zu groß sei²⁴⁾, wird der gesamtdeutsche Appetit auf fremde Landschaften geweckt. Die von der Schwerindustrie getätigten Investitionen für die psychologische Kriegsmobilmachung zahlen sich aus.

Hatte sich in der Vorbereitung des ersten Weltkrieges der Alldeutsche Verband in der kriegsgerechten Seelenmassage herovertan, so tritt nun der mit Mitteln des Innenministeriums finanzierte „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“ in Erscheinung, die Dachorganisation der revanchistischen Vereinigungen aller Schattierungen.

Erklärtes Ziel dieser Revanche-Ritter ist es, „das Bestehen des Versailler Schanddiktats dem deutschen Volke gebührend in die Seele einzuhämmern.“²⁵⁾

„Auf die eine oder andere Art“ muß Deutschland sich von seinem „Sklavenjoch“ befreien²⁶⁾, d. h. die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Friedensvertrages abschütteln. Und selbstverständlich darf es keinerlei Verpflichtungen zur friedlichen Beilegung von Streitfragen übernehmen, „um im gegebenen Augenblick, der unbedingt kommen muß, freie Hand für die Befreiung zu haben.“²⁷⁾

Mit anderen Worten: Deutschland muß militärisch wieder so stark werden, daß es sich erforderlichenfalls mit Gewalt holen kann, was ihm freiwillig nicht gegeben wird.

- 1) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1967, S. 548
- 2) Ebenda, S. 550
- 3) Ebenda, S. 555
- 4) William S. Shirer, Aufstieg und Fall des 3. Reiches, Köln und Berlin 1963, S. 51
- 5) Ebenda
- 6) Karl Marx / Friedrich Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 161
- 7) Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 68
- 8) Riginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten, in: Deutsche Rundschau, 1950, Heft 8, S. 624
- 9) Shirer, a. a. O., S. 59
- 10) Elisabeth und Heinrich Hannover, Politische Justiz 1918—1933, Frankfurt/M.
- 11) Eduard Stadler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46/47
- 12) Deutsches Zentralarchiv Potsdam (DZA), Nachlaß Kuno Graf von Westarp, Akte Nr. 114, Bl. 15/16
- 13) Germania, 29. 6. 1919
- 14) Friedrich von Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, Leipzig 1941, S. 417
- 15) Staatsarchiv Dresden, Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Akte 1454, Bl. 301
- 16) Felix Hirsch, Stresemann, Patriot und Europäer, Göttingen 1964, S. 107
- 17) Germany Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, Nachlaß des Reichsaußenministers Dr. Gustav Stresemann, microfilm, National Archives Washington, D. C. 3165/351/H, 175724 ff.
- 18) Anneliese Thimme, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Zeit, Hannover u. Frankfurt/M. 1957, S. 93
- 19) Bei der letzten Vorkriegszählung im Jahre 1910 hatten nur 3,5 Mill. Bewohner der 1919 abgetretenen Gebiete Deutsch als Muttersprache angegeben.
- 20) Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Hrsg. von Henry Bernhard, Bd. 2, Berlin 1932, S. 553
- 21) Locarno-Konferenz 1925. Eine Dokumentensammlung, Berlin 1962, S. 172
- 22) Willy Hallpach, Politische Prognose für Deutschland, Berlin 1928, S. 453 ff.
- 23) Der einflußreiche Graf zu Euleburg-Wicken am 28. März 1925 in einem Brief an den Altdutschen-Vorsitzenden Class
- 24) Vergl. Friedrich Paul, Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, in: Archiv für Politik und Geschichte, 1926, Heft 6, S. 533
- 25) Deutsche Zeitung, 6. Juni 1929
- 26) Ebenda, 25. Sept. 1925
- 27) Ebenda, 24. Sept. 1925

Die IEST Show

Carsten Linde be suchte für „elan“ das Protest-Establishment bei den Internationalen Essener Song-Tagen

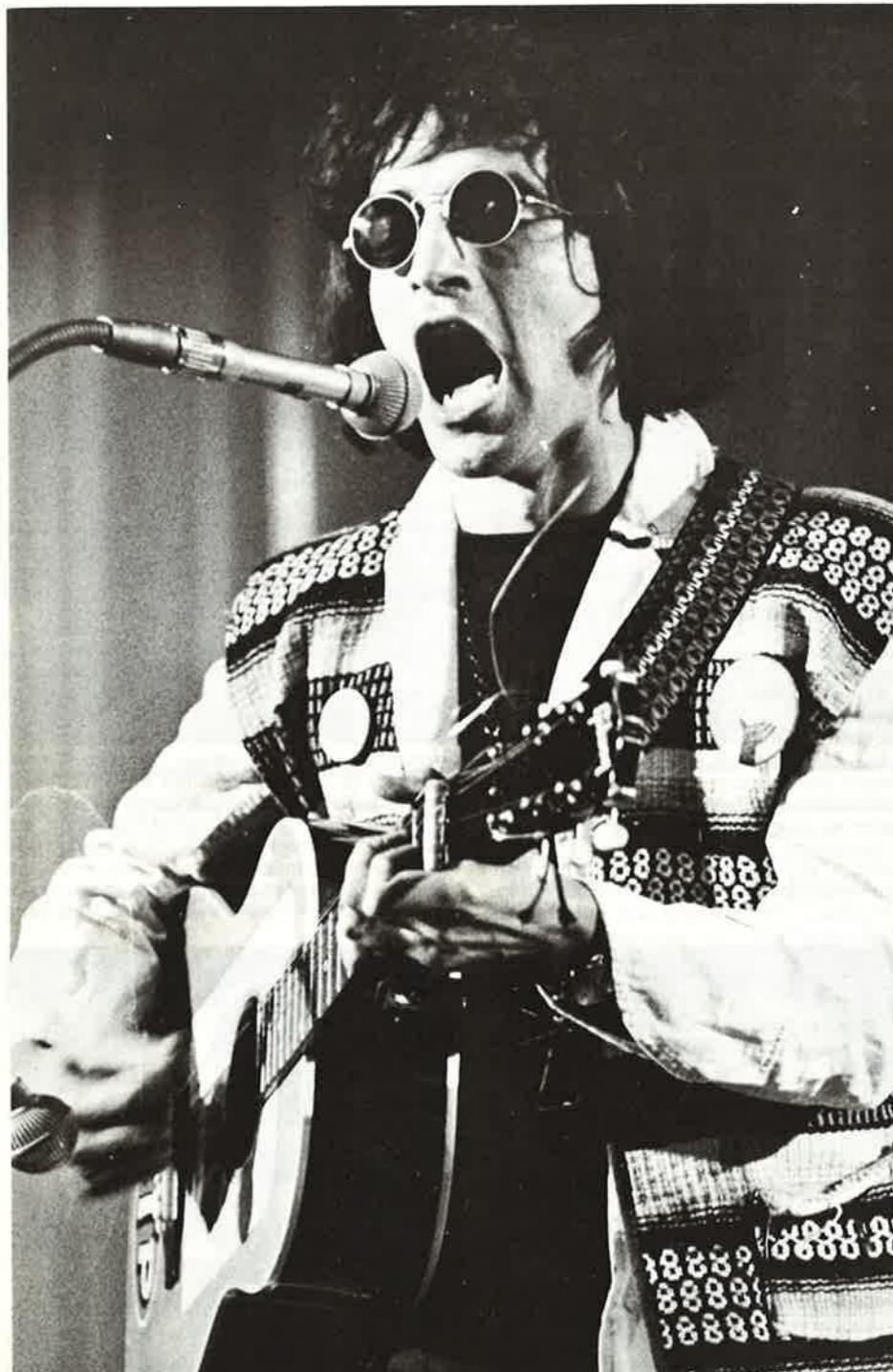
Ein „Prachtfest“ sollten die Internationalen Essener Song Tage vom 25. — 29. September werden, aber die Organisatoren konnten die Versprechen, die sie bereits seit Beginn des Jahres publiziert hatten, bei weitem nicht erfüllen: Von 25 international renommierten Sängern, u. a. Brassens, Biermann, Seeger, Okudshawa, die in der ersten IEST-Broschüre vorgestellt wurden, trat in Essen nur rund ein Drittel (9) auf.

Waren die Song Tage zunächst als Lieder-Festival geplant, das „die politischen und gesellschaftlichen Bezüge der neuen Lieder berücksichtigt und gerade sie vorgestellt“, so wurde im September ein „Underground-Festival“ daraus, in dessen Verlauf das Establishment des „Underground“ und der Pop-Musik den teilnehmenden Protestsängern und politischen Chansonniers die Show stahl. Die Enttäuschung vieler Zuhörer machte sich wiederholt Luft in dem Wunsch nach Diskussionen über die Art der Musik und die Konzeption der Veranstalter. Doch diese vermochten nicht kritisch und selbstkritisch zu den Konzerten Stellung zu beziehen, sondern verschanzten sich hinter Kompetenzen. Indem kein Raum und keine Zeit für die Analyse der vorgestellten „Underground-Musik“ vorgesehen war, unterstützte man das Konsumverhalten eines Großteils des Publikums.

Eine große und hektische Show

Eine Begegnung oder ein Gespräch des interessierten Zuhörers mit den Künstlern konnte nicht stattfinden im Trubel und der Hektik der „ganz großen Show“. Anfänglich geplante „Sprechstunden mit den Künstlern“ fielen völlig aus, für Workshops und Streitgespräche war ebenfalls kein Platz. Ein Kritiker errechnete, daß im Programm der IEST über 50 Stunden für musikalischen Konsum vorgesehen waren, jedoch nur 7 Stunden für theoretische Vorträge (bei denen nur wenige Minuten für Diskussionen blieben). Die Essener Song Tage erwiesen sich als autoritär organisierte und strukturierte Mammut-Show, als Musik-Eintopf, der nur emotional verdaut werden konnte.

Gerade eine Analyse der neuen „Underground-Musik“ wäre dringend notwendig gewesen, da die Underground-Musiker häufig auf Texte verzichten und sich statt dessen der musikalischen Klangzerstörung und vielerlei Experimente bedienen. Wütende aggressive Musik war die bevorzugte Ausdrucksform der neuen Gruppen. Fassen wir aber den Begriff „Underground-Musik“ — der übrigens in Essen wahllos gebraucht wurde — im weitesten Sinne als „antiautoritäre Musik“ auf, 31



Blinkfuer

Neu



Streimutter
aus dem Leben eines
Kommunisten

Franz Ahrens über

MAX REIMANN

Taschenbuch-Ausgabe
220 Seiten +
16 Foto-Seiten

DM 7,—

Erhältlich im Buchhandel
oder direkt beim

BLINKFÜER-
VERLAG
Harald Dötze

2 Hamburg 50,
Postfach 167
Telefon 38 24 13

Blinkfuer



so zählen hierzu wohl die Musik und die politischen pornographischen Texte der Gruppen wie den „Fugs“ und der „Mothers of Invention“ sowie Protestsongs, aber wohl kaum noch die Musik der Gruppen „Family“, „Julie Driscoll, Brian Auger & the Trinity“ und der „blossom Toes“. Zweifellos spielen auch sie gute Musik und führen die Pop-Musik vielleicht neuen Höhen zu, wie es die Beatles und die Rolling Stones taten.

Ist das schon „Underground“? Musik dieser Art wird in England bereits so akzeptiert, daß sie in die Hitparaden eindringt und Bestandteil des musikalischen Konsums ist. Rolf-Ulrich Kaiser, der in dieser Musik eine „politische Wirkung“ sieht, hätte gut daran getan, das politische Moment dieser Bands den Pop-Fans bewußt zu machen, die in der Gruga-Halle lagerten und applaudierten. Sicher wäre es nicht verfehlt gewesen, die großartigen Texte der wirklich politisch kulturellen Avantgarde — der „Fugs“ und Frank Zappas „Mothers of Invention“ dem Publikum zu übersetzen und zu erläutern, denn die radikalen Worte dieser Gruppen gingen unter im Lärm ihrer aufregenden Musik.

Autoritär gemanagte Tage

In gleichem Maße wie in den Großkonzerten die anti-autoritäre Musik von der unterhaltsamen Pop-Musik neutralisiert wurde — da man beide in einen Topf warf und dabei der Pop-Musik den weitaus größeren Raum zugestand — gaben sich die nervösen Veranstalter zunehmend autoritär dem Publikum gegenüber. Sie unterbanden Diskussionen und wollten gegen eine kleine Gruppe wild aussehender, aber harmloser Rocker, die im Saal herumstanden, („Wir wollen keinen Rabbatz, wir wollen nur zuhören“) die Polizei zu Hilfe rufen. Das Publikum solidarisierte sich mit den Ju-

gendlichen und verhinderte ein Eingreifen der Polizei, das Konzert ging weiter.

Fehlinformationen sollten dem Publikum das Gefühl der Einmaligkeit des Festivals geben und die Schwächen der Organisation kaschieren: Julie Felix (ehemalige Protestsängerin, heute mit der Mode gehende Pop-Interpretin) wurde vorgestellt als „erstmalig in einem Konzert in Deutschland auftretend“. In den letzten drei Jahren hatte sie u. a. in München, Berlin, Stuttgart und Karlsruhe gesungen. An ihrer Person entzündete sich im Konzert „Protest International“ der erste erregte Protest der Zuhörer. Julie Felix sang unverbindliche Liedchen und kokettierte zu eifrig mit der Fernsehkamera. Das Publikum, dem man bei der Monsterveranstaltung „Take a Trip to Hashnidi“ Raum und Mikrophon frei zur Verfügung stellen wollte, wurde gar nicht erst an das Mikrophon gelassen und geschickt manipuliert, wenn es eigene Vorstellungen realisieren wollte: Thomas Schroeder sprach davon, daß die Künstler nicht mehr auftreten würden, wenn das Publikum nicht die zweite Bühne frei gäbe, da bereits Instrumente der „Mothers of Invention“ zerstört worden seien. Frank Zappa, wenig später danach gefragt, wußte von keinem zerstörten Instrument.

Das Unbehagen von Künstlern und Zuhörern an der Organisation und „unumstößlichen Anordnungen“ Rolf-Ulrich Kaisers („Wir werden gegen jede Störung rabiat durchgreifen“), suchte sich Luft zu machen in zwei nicht eingeplanten Demonstrationen. Auf dem Kennedy-Platz in Essen versuchten Künstler (unter ihnen die Brüder Conrads, Joan & Jose, Ulli & Fredrik, Hein & Oss, Rolf Schwender) auf der Straße zu agitieren und ihre Lieder und den sozialen Hintergrund auch dem Publikum älteren Jahrgangs zu erläutern, das nicht in die Konzertsäle kam. Es war ein Versuch, aus



dem sterilen und impotenten Milieu der Essener Song Tage auszubrechen.

Ist das Underground?

Daß ein Untergrund-Festival mit einem offiziellen Empfang beim Establishment kaum vereinbar ist, wurde deutlich, als dieser Empfang gesprengt wurde. Einige der Song-Rebellen gingen dabei allerdings so ungeschickt vor und provozierten auf einem derart niedrigen Niveau („anpissten! Schüttet das Bier auf den Teppich, Genossen!“) daß sie die Öffentlichkeit, welche bis dahin die langmähnigen und oft seltsam gekleideten Jugendlichen freundlich toleriert hatte, gegen sich aufbrachte und es zu einer Solidarisierung mit dem Oberbürgermeister kam.

Es gelang den Veranstaltern nicht, alle angekündigten Ziele zu verwirklichen, Konzept und Wirklichkeit klappten oft weit auseinander. Die

angezeigten Künstler des internationalen auch in Deutschland bekannten Protests (wie z. B. Phil Ochs, Tom Paxton, Pete Seeger) erschienen nicht, Vertreter der singenden politischen Bewegungen waren nicht gekommen; man hörte z. B. kein Lied der Black-Power-Sänger aus den USA, dafür aber unreife Protestsänger wie David Peel, der an Allgemeinplätzen und Unmusikalität nicht mehr überboten, bzw. untertroffen werden konnte.

Die Gesamtheit der Konzerte jedoch hatte ein gutes künstlerisches Niveau. Ein Verdienst kommt Rolf-Ulrich Kaiser sowie den anderen Veranstaltern zu, die Avantgarde-Gruppen der „Fugs“ und „Mothers of Invention“ zum ersten Mal in Deutschland vorgestellt zu haben. Die Show der Fugs „Fugs Extra“ machte deutlich, welche Stilmittel der Untergrund von Greenwich Village benutzt, um Johnsons Große Gesellschaft zu attackieren. Ihr Grundsatz,

dass die gesellschaftliche Revolution Hand in Hand mit der sexuellen vollzogen werden muß, spiegelt sich in ihren Texten und ihrer Bühnenshow wider: die Fugs singen realistisch über sexuelle Probleme und kommentieren ihre Politiker in einer Sprache, von der sie meinen, daß es die Sprache des Proletariats ist. Dabei bedienen sie sich kabarettistischer und theatralischer Gags, Übertreibungen und Brecht'scher Verfremdungseffekte.

Fugs und Mothers of Invention haben die Funktion der Solo-Protest-Sänger übernommen. Ihre experimentelle Rock-Musik verbunden mit aggressiven sozialkritischen Texten erreicht in den USA wesentlich mehr Hörer als etwa die Lieder der traditionellen Protest-Sänger.

Die in Essen vorgestellte Musik wird nicht ohne Einfluß auf den musikalischen Geschmack der Jugendlichen bleiben.



NEUERSCHEINUNG! RUDOLF BENDL: SUCHTMENSCHEN

Ein erstrangiger gesellschaftskritischer ROMAN mit psychologischer Untermauerung von einer Tiefenwirkung, die sicherlich überall durchschlagend sein wird.

Kritiker nennen es „ein schreiendes DOKUMENT unserer Zeit!“ Das nicht nur die jugendbeherrschende Sexwelle und die gesellschaftsverseuchenden Rauschgiftorgien anprangern will, sondern auch noch die 175er Manieren sowie die sodomistischen Schoßhündchenparaden in aufklärender Szenerie demonstriert, die bisher noch in keinem Buche veröffentlicht wurden.

Viele andere dazu.

Ein außergewöhnlicher Tatsachen-ROMAN, der einmal in die Finsternis der menschlichen Psyche mit neuartigen Mitteln hineinleuchtet, um klarzustellen, was in der heutigen Gesellschaft faul, veraltet, herausfordernd und unzulänglich geworden ist.

Der Erfolgsautor RUDOLF BENDL, der mit seinem letzten Buche: DEINE GE-DANKEN SIND DEIN SCHICKSAL! sein Versprechen einlöste und dadurch weit

über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt und beliebt wurde, wird mit diesem glücklichen Wurf des Buches: SUCHTMENSCHEN! ganz sicher alle Leser im Sturme erobern. Denn es enthält einen Stoff, der die gesellschaftsbeherrschende SUCHTWELLE unserer Zeit in brillanter und gewandter Sprache darstellt und damit ein Werk zur Diskussion stellt, das nicht nur die Jugend, sondern auch die reifere Generation vollauf befriedigen wird.

Preis: DM 21,50 / 288 Seiten / abwaschbarer Einband, bestes weißes Papier, vierfarbiger Schutzumschlag. Goldprägung.

VERLAG FÜR FORTSCHRITT + FOR-SCHUNG, 75 KARLSRUHE 1, POST-FACH 1712

DER NEUE WARTBURG 1000

DM 5150,—
(einschl. Mehrwertsteuer)

Modernster Spitzenwagen der Einliterklasse



- 1000 ccm, 45 PS, 4türig und Liegesitze
- 5-Sitzer und sehr viele Extras
- Rallye Monte Carlo 1967: 2. Platz in Serientourenwagen!
- Tulpen-Rallye 1967 Holland: 2. und 3. Platz (bis 1000 ccm)
- DDR-Rallye 1968: Gesamtsieger und Klassensieger vor Mini-Cooper

Alle Fahrzeuge ohne Anzahlung

Wochenrate ab 35 DM

● **WARTBURG Kombi** DM 5620,—

5türig · Ladefläche 2,4 qm · Nutzlast 450 kg

DER NEUE WARTBURG ist 50 000 km wartungsfrei!

- ... und wenn Sie noch preiswerter fahren wollen, dann kaufen Sie einen

TRABANT 601

DM 3190,—

das billigste Auto Europas! —
600 ccm, 23 PS, Duroplast (nicht rostend)

AUTO-ZIEGLER · Gelsenkirchen, Hauptstr. 45

Vertragshändler der Automobilwerke
Eisenach-Zwickau und Karl-Marx-Stadt

Ständiges Angebot von guten Gebrauchtwagen aller Fabrikate!
Besonders günstige Skoda, Wartburg, Trabant u. Moskowitsch-Modelle!

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinstre Raten. Fordern
Sie Gräfiskatalog H 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GOTTINGEN, Postfach 601

Briefe



Wo ist Wolfgang?

Ein Prager Mädchen sucht den deutschen Jungen, den es in Jugoslawien kennengelernt.

Ich wende mich an Euch mit einer Bitte. Ich suche den Jungen, aber ich weiß von ihm wenig. Er heißt Wolfgang. Er ist 18 Jahre alt. Er lernt Schriftsetzer.

Ich heiße Vlasta; ich bin 16 Jahre alt, gehe in die Schule, wohne in Prag, und ich habe zwei Schwestern. Ich mache mich mit ihm in Jugoslawien, in Medweja, zwischen dem 22. Juli und 7. August bekannt. Ich bitte sehr, helft mir, Wolfgang zu finden.

VLASTA JAROVA, Praha 10,
Strasni ce Cernokostelecká 2111

Prag, 21. August

elan 9/68: Die Extra-Beilage beschäftigte sich mit den Hintergründen des Eingreifens der 5 Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR.

Durch einen Bekannten bekam ich durch Zufall elan/september in die Hand.

Die knappe, sachliche aber ausführliche Darstellung von wichtigen Problemen gefiel mir sehr gut.

Vor allen Dingen Ihre Dokumentation über die CSSR fiel mir auf, da sie sich durch viele Punkte von der oftmals unsachlichen Darstellung der herkömmlichen Presse unterschied.

Ich habe deshalb, als ich von meinem Bekannten gefragt wurde, elan bei ihm abonniert.

Ich würde mich freuen, wenn Ihre Zeitung weiterhin so konsequent über wichtige Probleme der jungen Generation berichten würde.

ALFRED v. JUTERCZENKA, Hilden

Mit Interesse habe ich Eure Sonderbeilage „elan-extra“ 9/68 gelesen. Sie ist eine gute Unterstützung in den Diskussionen um die Ereignisse in der CSSR. Besonders die kurze aber klare Darstellung über die Einflussnahme bundesrepublikanischer Kreise in die inneren Angelegenheiten der CSSR ist entlarvend.

Bitte übersendet mir deshalb 30 weitere Exemplare des „elan-extra“ zur Diskussion in unserer Jugendgruppe.

Ich hoffe, daß wir damit noch einige neue „elan“-Leser gewinnen werden.

Vielen Dank.
MARGRET KIRSCHNER, Solingen.

KP ohne K?

elan, vergangene Ausgaben: In mehreren Beiträgen hatte sich die Redaktion im Interesse der Erhaltung der Demokratie für eine Wiederzulassung der KPD eingesetzt.

Ich hätte nicht geglaubt, daß der elan einmal zum Sprachrohr der reaktionären und revisionistischen illegalen KPD werden würde. Es ist gut so, daß die stalinistische KPD verboten ist. In der wahren sozialistischen Bewegung ist kein Platz für Reaktionäre und rote Faschisten, wie wir sie in der SU und in ihren Satellitenstaaten finden. Die Führer dieser Staaten haben kein Recht mehr, sich Sozialisten zu nennen, weil sie den Versuch der CSSR, Sozialismus und Demokratie zu verbinden, denn diese beiden sind unzertrennlich, mit ihren Panzerketten zermahlen haben. Mit erschreckender Deutlichkeit ist uns klar geworden: die Reaktion sitzt in Moskau, Ost-Berlin, Warschau usw. Diese Politik hat nichts mehr zu tun mit marxistisch-leninistischer Ideologie. Marx und Lenin würden sich im Grabe umdrehen, sähen sie, welcher Schindluder mit ihren Namen getrieben wird. Diese Politik ist nur bestimmt vom reinen Machthunger.

WALTER SCHÄFER,
3579 Frielendorf

Als Jugendliche in einem Staat, der sich als „Demokratie“ bezeichnet, in dem aber eine kleine Gruppe von Monopolherren die Macht besitzt und ausspielt, begrüßen wir die Konstituierung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik.

Unsere Generation hatte bisher nicht die Möglichkeit, das Wirken einer Partei, die echt die Forderungen der Arbeiterklasse vertritt, also eine marxistisch-leninistische Partei, kennenzulernen.

Wir werden der DKP beitreten, weil dort unsere Forderungen nach Mitspracherecht der Jugend in allen betrieblichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen vertreten werden.

RAINER FUCHS / 21 Jahre,
ANNE GERTITSCHKE / 17 Jahre,
KARIN GLINSKI / 18 Jahre,
BÄRBEL HARTUNG / 20 Jahre,
RAINER MÜLLER / 24 Jahre,
FRANZ STEIN / 18 Jahre,
alle Gelsenkirchen.

Als ich das erste Heft meines Abonnements erhielt, war ich angenehm überrascht. Denn es war ein Fortschritt festzustellen, wenn

ich einen Vergleich zog zu jedem Heft, das mir erstmals lange zuvor in die Hände gekommen war. Heute meine ich, daß Sie mit Ihrer Haltung zur Frage der KPD und der Sowjetunion doch erheblich über das Ziel hinausgeschossen sind.

Mein Herz wünscht Ihnen Erfolg, aber der Verstand sagt mir, daß eine Zulassung der KPD niemals erfolgen wird — schon gar nicht nach dem Einmarsch in die CSSR. Sollte wider Erwarten eine Zulassung erfolgen, kann wohl kaum mit einem Erfolg gerechnet werden. Ich erinnere hier an die jüngsten Wahlen in Schweden. Warum muß eine solche Partei unbedingt „kommunistisch“ heißen? Warum muß das Programm unbedingt „Kommunistisches Manifest“ heißen? Machen Sie sich doch einmal über dieses Thema Gedanken.

BRUNO ZINNECKER, München

Lieber Leser!

Die nächste Ausgabe des elan erscheint als Doppelnummer (Dezember-Januar). Sie wird am 10. Dezember ausgeliefert. Redaktion elan

Für immer Unternehmer?

Betriebsjugendsprecher Derczek von der AEG Mülheim berichtete in Nr. 10/68 über die Haltung der Unternehmer und stellte den Kapitalismus in Frage.

Ein Wort zu dem dummen und unqualifizierten Artikel Ihres Herrn Derczek in Nummer 10/68. Ich streite nicht ab, daß die geschilderten Mißstände tatsächlich sehr schwerwiegend sind, immer vorausgesetzt, daß der Autor nicht in den Bereich der Manipulation durch Aufstellung unbewiesener Behauptungen ausgewichen ist. Falls Herr Derczek nun bald arbeitslos werden sollte, was wiederum erst bewiesen werden muß, denn tüchtige Arbeitskräfte werden wohl immer gebraucht, dann hat er immer noch die Gelegenheit, sein hohes stilistisches Können in den Dienst des „Kampfblattes der Revolution“ zu stellen. Hier werden seine überragenden Fähigkeiten sicher gebührend gewürdigten. On-

kel wird ihm sicher einen Zug aus seiner Monopolkapitalistenzigarette gewähren. Leider hat man bei diesem Artikel den Eindruck, daß niedrige Neidegefühle den Autor zu diesem Artikel bewogen haben. Sätze wie: „Wenn wir das weiterüberlegen ist ja wohl auch die Frage erlaubt, wer im Betrieb wen braucht: wir die Bosse oder die Bosse uns. Ich denke, auf die Unternehmer könnten wir ganz schön verzichten“, können nicht anders als dumm und naiv bezeichnet werden.

STEFAN ETZEL, Schlüchtern

BelägenhInweise

Einem Teil unserer Auflage liegt der Text „Für die Presse- und Meinungsfreiheit — Entmachtet Springer! — Petition gegen die Pressekonzentration“ bei. (Verantwortlich: Ulrich Sander, 46 Dortmund-Rahm, Bannenberg 29). Wir bitten um Beachtung.

Einem Teil unserer Postauflage liegt ein Prospekt der „Pläne“ GmbH, Dortmund, bei. Wir bitten um Beachtung.

Lachten Sie über das „Wintermärchen“ von Heinrich Heine?

Dann lachen Sie wieder über

DEUTSCHLANDLIEDER ZUM LEIERKASTEN

Satirische Balladen von Arno Reinfrank (London), scharf illustriert von Uwe Witt

Bestellen Sie für DM 3,80 vom:

Total-Büchershop
1 Berlin 41 · Bennigsenstraße 13

Das Lachen der APO!

Briefpartner gesucht

Offensichtlich sind elan-Leser als diskussionsfähige Briefpartner auch international gefragt: Hier wieder einige Adressen von jungen Leuten, die uns um die Vermittlung von Briefpartnern baten:

Bulgarien:

Stepbka Vechewa Davidova (19-jähriges Mädchen), Lazar Starevo, ok. Lovetki, Bulgarien.

Wilja Mitev Wielew (19 J.), Burgas, Ultiza Kamzija 12, Bulgarien, Mechanotechniker (wünscht Briefpartner mit Interessen für Sport, Tanz, Musik, Fotografie, Film — russisch, deutsch).

Ungarn:

Elisabeth Keresztes (16 J.), aus Ungarn „möchte viel wissen von das Leben der deutsche Jugend.“ Ihre Adresse: Somogyviszlo, Kosuth L. utca 5, Baranya m. — Ungarn.

Bundesrepublik:

Fritz Zander jun., 56 Wuppertal-Barmen, Große Hakenstr. (wünscht Briefpartner im In- und Ausland).

CSSR:

Alexander Láng, Podborová 2007, Zvolen, CSSR (18 Jahre, Hobby: Sammeln von Kaugummi-Hüllen).

Vlasta Smrekova (17 J.), Vaneu- rova 2195, Tabor, CSSR.

Josef Chmelik (15 J.), Cechova 31, Plzen, CSSR.

Dana Balounova, Ceska Lipa, Jirího (17 J.), z Podebrad 999

Jana Padocká (Blondine, 22 J., 165 cm groß), PR Sklenářna bizerie, Metanova ul. 19, Jablonec nad Nisou, CSSR (Englisch, Italienisch, Spanisch, Deutsch).

Helena Placha (15 J.), Svidnice 35, Dymokury, o. Nymburk, CSSR.

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH —

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Neue Hits



Information

HITVERDÄCHTIGE NEUERSCHEINUNGEN:
Sunshine Cottage / The Herd; Listen To Me / The Hollies; Feeling all right / Traffic; Softly Softly / The Equals; White Room / The Cream; Do Something To Me / Tommy James & The Shondells; From Washington With Love / The B-Fifty-Twos; Little Help From My Friends / Joe Cocker; Top Man / Don Partridge; Mr. Business Man / Ray Stevens; Here Comes My Wife / Cat Stevens.

ANDY WARHOL, skandalumwitterter Pop-Graphiker und Filmproduzent in New York, zeigt sich nun auch als Platten-Produzent und präsentiert uns THE VELVET UNDERGROUND & NICO (Stereo Verve 71004), eine LP, die in den USA viel Beachtung fand. Einem New Yorker Kritiker schien der Sound dieser Gruppe einer geheime Verbindung ("secret marriage") zwischen Bob Dylan und dem Marquis de Sade zu sein. Tatsächlich sind die Texte nicht ohne einen gewissen Reiz der Persönlichkeit, wie z. B. in dem Stück "Heroin", wo es u. a. heißt: "I have me" ("ich besitze mich") und "Heroin ist meine Liebe und mein Leben"). Alles in allem eine anhörenswerte Platte, die nicht unbedingt schon beim ersten Abspielen gefallen braucht.

"Open your minds, when the pictures come" — öffnet eure Herzen, wenn die Bilder erscheinen! Mit dieser rausch-giftigen Aufforderung beginnt der Trip der ROLLING STONES in die Phantasiewelt des Psychedelic Sounds, in der man seltsame Dinge erleben kann. Zu hören auf: THEIR SATANIC MAJESTIES REQUEST (Stereo Decca TXS 103).

Für andere schrieben THE BEATLES bisher selten Songs; nun aber scheinen sie im Interesse ihres APPLE-Konzerns einen anderen Kurs einzuschlagen. An

Tommy James & The Shondells, die jüngst mit "Mony Mony" auf den ersten Platz der englischen Hitparade gelangten, schickten Lennon & McCartney bereits einige Kompositionen. Den Foundations versprach man dasselbe. John will für den US-Star Tiny Tim einen Titel schreiben; George Harrison fertigte "Sour Milk Sea" für den Neuling Jackie Lomax, und Paul schrieb "Thingy-mbob" für eine englische Fernsehserie gleichen Namens.

BRD

1. The Beatles (Odeon)
2. Bee Gees (Polydor)
3. Crazy World Of Arthur Brown (Polydor)
4. Tom Jones (Decca)
5. Beach Boys (Capitol)
6. Renate Kern (Polydor)
7. Rolling Stones (Decca)
8. France Gall (Decca)
9. Ohio Express (Buddha)
10. Heintje (Ariola)

JESAMINE/THE CASUALS (**)

— Vogue 14 774 —
Mit ihrem gepflegten Streicher-Background, ihren flauigen Versen und den perfekten Falset-Partien dürfte sich diese Aufnahme so manches Ohr erschmecken. Bleibt nur zu hoffen, daß die „Gelegenheiten“ auch weiterhin mit gleich hervorragenden Platten aufwarten.

WILD TIGER WOMAN / THE MOVE (**)

— Polydor 59 231 —
„Wehe, wenn sie losgelassen“, unkte schon Friedrich Schiller, und wer weiß, vielleicht hatte er die Move und ihr wildes Wirken vorausgeahnt. Diese Platte stellt zweifellos einen vorläufigen Höhepunkt in der Lärm-Laubbahn der lauten Gruppe dar. Großartig!

VOICES IN THE SKY / THE MOODY BLUES (**)

— Deram 196 —
Einst mit sehr banalen Songs in den Hitlisten vertreten („From The Bottom Of My Heart“), bringen die reiferen Moody Blues heute einen Hauch von Großer Musik ins Pop-Geschäft; diese neue Single, entnommen der LP „In Search Of The Lost Chord“, gefällt durch die ausgefeilte Instrumentierung und eine gewisse kultivierte Monotonie.

RAIN AND TEARS / APHRODITE'S CHILD (**)

— Mercury 132 501 —
Diese Aufnahme einer bislang unbekannten Gruppe erfreut sich besonders in Frankreich großer Beliebtheit; in der Thematik ähnelt sie „The Rain, The Park, And Other Things“ von den Cowills, verfällt aber andererseits nicht auf eine billige Regenbogen-Romantik, sondern zeigt sich in Text und Melodie ausgesprochen melancholisch.

LALENA / DONOVAN (**)

— Epic 5-10393 —
Nach mehreren recht schmissigen Hits („Mellow Yellow“, „There Is A Mountain“, „Hurdy Gurdy Man“) zeigt sich Donovan diesmal supersanft: Von zarten Gitarrentönen begleitet, haucht er ein Lied, dessen Text von der poetischen Weltabschiedenheit des ehemaligen Protestsängers kündet.

STREET FIGHTING MAN / THE ROLLING STONES (**)

— Decca DL 25350 —
Auf ihrer LP „Their Satanic Majesties Request“ hatten sich die Stones ganz dem „Psychedelic Sound“ gewidmet. Nichts mehr davon auf dieser neuen Single, die — wie schon „Jumping Jack Flash“ — in Melodie, Rhythmus, Instrumentierung und Text auf „hart“ getrimmt ist.

THOSE WERE THE DAYS / MARY HOPKIN (**)

— Odeon 23 888 —
Die englische Neuentdeckung Mary Hopkins singt den ansprechend getexteten Song recht gefällig, bisweilen nimmt sich allerdings ihre Stimme neben den starken Orchesterklängen, für die Paul McCartney als Produzent verantwortlich ist, ein wenig schwach und zittig aus. — Auf der Rückseite: Eine Neuinterpretation von Pete Seegers bekannter Komposition „Turn, Turn, Turn“.

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

Die Bullen haben einige Jungen und Mädchen erschossen. Sie sahen so vergammelt aus, denkt ihr: das geschah ihnen recht.“ Der Aufruhr an die Jugendlichen heißt folgerichtig, aus dieser versteinerten Gesellschaft auszubrechen und sich von ihrer Moral zu lösen: „Befreie die Seele! Die Zeit ist viel zu wertvoll, um Briefmarken anzulecken... du bist vollkommen frei, wenn du es nur sein willst.“ Frank Zappas „Mothers“ haben mit dieser LP demonstriert, wie Gesellschaftskritik in Amerika formuliert wird. „LUMPY GRAVY“ (Verse V 6-8741, 19 DM) hingegen verzichtet fast völlig auf Texte und wird durch die Zusammenstellung ausgefallener Instrumente und originelle Arrangements zu einem musikalischen Happening im Free-Rock-Stil.



SIMON & GARFUNKEL spielen harmonischen Folk-Rock zu Paul Simons großartigen Texten. BOOK-ENDS (CBS S 63 101, 19 DM), ihre letzte LP beschäftigt sich hauptsächlich mit den Problemen alter Leute. Gleich drei Lieder („Overs“, „Old Friends“ und „Bookends“) erzählen von den Erinnerungen einsamer alter Menschen, vom unentzerrbaren Älterwerden: „Kannst du dir vorstellen, daß wir in vielen, vielen Jahren uns still eine Parkbank teilen? Es ist eigenartig, siebzig zu sein.“ Die gebrochenen Stimmen alter Leute, die in New Yorker Altersheimen aufgenommen wurden, veranschaulichen diese trostlose Zukunftsanalyse. Einige der dichterischen Texte Simons sind auch mit Hilfe des auf der Plattenhülle abgedruckten Textes nicht zu entschlüsseln. Dafür entschädigen aber zwei Hits auf der B-Seite „Fakin' it“ und „Mrs. Robinson“. Paul Simon gehört zu den besten amerikanischen Liedermachern. Seine distanzierten, leicht gesellschaftskritischen Texte sollte man über der ansprechenden Musik nicht überhören.



Zwar sagen die Mothers, of Invention zu ihrer dritten LP WE'RE ONLY IN IT FOR THE MONEY (Verve 710012, 19 DM) doch haben ihre Texte an Bissigkeit und ihre Musik an Originalität nichts eingebüßt. Weil nach Ansicht Frank Zappas „der Geist... die häßlichste Stelle des Körpers“ ist, wird von den Mothers bewußt sein-erweiternd agitiert. Der Song von den durch Polizisten getöteten gammelnden Jugendlichen wird zur Anklage gegen deren Eltern: „Habt ihr euch je eine Minute genommen, um eure wirklichen Gefühle zu zeigen unter der Nachtkreme und eurem modischen Make-up? Habt ihr euren Kindern je gesagt, daß ihr froh seid, daß sie denken können? Habt ihr euch nie gewundert, weil eure Tochter so traurig aussah? Ihr sitzt zu Hause und trinkt die ganze Nacht.“



THE BLUES PROJECT hieß eine amerikanische Rock-Gruppe, die

sich inzwischen leider aufgelöst hat. Unter der Leitung des hervorragenden Gitarristen Danny Kalb und des Organisten Al Koopers entwickelte sich die junge Gruppe von Rhythm' & Blues (I can't keep from crying) über Soul-ähnliche Musik (Where there's smoke, there's fire) zu experimentellen Jazz (Flute thing). Der Mitschnitt THE BLUES PROJECT LIVE AT TOWN HALL (Verve FVS 9509, 19 DM) veranschaulicht die explosive dynamische Musikalität der Band noch deutlicher als die erste LP THE BLUES PROJECT LIVE AT THE CAFE AU GOGO (Verve FVS 9024, 19 DM).

Der Mitschnitt des Konzertes „AMERICAN FOLK BLUES FESTIVAL 67“ (Fontana Stereo 885 433 TY, 19 DM) vom 15. 10. 67 in der Berliner Kongress-Halle gehört zu den besten deutschen Blues-LPs. Von den ländlichen Blues-Sängern Skip James, Bukka White und Son House, über das Folk-Blues-Gespann Sonny Terry & Brownie Mc Ghee zu den City-Blues Interpreten Hound Dog Taylor und der Sängerin Koko Taylor befinden sich alle Teilnehmer in so beeindruckender Form, daß diese LP ohne Einschränkung empfohlen werden kann.



Elektra (SMLP 009) vorstellt. Es sind fast ausnahmslos San-Francisco-Rock-Gruppen mit psychedelischen Melodien zu hören, so die DOORS, LOVE, ARS NOVA, LEAR LIGHT, EARTH OPERA, COSMIC SOUND, und die Incredible String Band. Da die psychedelische Rockmusik bei uns noch originell klingt, dieses Album großzügig ausgestattet und sehr preiswert ist (13,10 DM), wird der Querschnitt progressiver Pop-Musik empfohlen.



THE INCREDIBLE STRING BAND spielt eine so neuartige und aufregende Musik, daß man ihr wirklich „5000 Spirits“ (5000 Geister) — so der Titel ihrer zweiten LP (Elektra EKS 74010, 19 DM) — als Mitwirkende zutraut. Dennoch sind es nur zwei junge Schotten, die ehemaligen Folksänger Robin Williamson und Mike Heron, die vielerlei Saiteninstrumenten ihre magisch-mystisch-romantischen Melodien entlocken, wobei sie sich perfekt des Play-back-Verfahrens bedienen. Wie vielseitig und routiniert sie als Instrumentalisten sind, läßt sich schon aus der Liste der verwendeten Instrumente ablesen: Gitarre, Sitar, Tamboura, Mandoline, Mundharmonika, Flöten, Zimbeln, Rasseln, Baß, Gimbi und Trommeln. Die Melodien der Incredible String Band fallen so sehr aus dem Rahmen des Üblichen, daß man die Bedeutung ihrer LP „5000 Spirits“ für die Entwicklung der Pop-Musik gleichsetzt mit „Sergeant Pepper“. Die größtenteils lyrischen Texte von Williamson und Heron sind unkompliziert, obwohl sie oft dichterische Bilder beinhalten. Den Spaß, den die Incredible String Band an ihrer ausgefällenen Musik hat, überträgt sich auch auf die Zuhörer. „5000 Spirits or the Layer of the Onions“ ist eine sehr sehr empfehlenswerte Platte von großem Einfallsreichtum und einmaliger Qualität.

ENGLAND

1. Mary Hopkin (Odeon)
2. The Beatles (Odeon)
3. Casuals (Vogue)
4. Leapy Lee (Hansa)
5. Gary Puckett & Union Gap (CBS)
6. Johnny Nash (Saga)
7. Aretha Franklin (Atlantic)
8. Beach Boys (Capitol)
9. Mason Williams (Warner Bros.)
10. Engelbert Humperdinck (Decca)

1. Those Were The Days
2. Hey Jude
3. Jesamine
4. Little Arrows
5. Lady Willpower
6. Hold Me Tight
7. I Say A Little Prayer
8. Do It Again
9. Classical Gas
10. Les Bicyclettes De Belsize

USA

1. The Beatles (Odeon)
2. Jeannie C. Riley (Columbia)
3. Crazy World Of Arthur Brown (Polydor)
4. O. C. Smith
5. O'Kaysons (Electrola)
6. Clarence Carter (Atlantic)
7. Rascals (Atlantic)
8. 1910 Fruitgum Company (Buddha)
9. Aretha Franklin (Atlantic)
10. James Brown

1. Hey Jude
2. Harper Valley
3. Fire
4. Little Green Apples
5. Girl Watcher
6. Slip Away
7. People Got To Be Free
8. 1-2-3 Red Light
9. I Say A Little Prayer
10. Say It Loud

FRANKREICH

1. Adamo (Columbia)
2. Equals (President)
3. Aphrodite's Child (Mercury)
4. Herb Alpert (A & M)
5. Peter Holm
6. The Beatles (Odeon)
7. Frank Sinatra (reprise)
8. Nicole Croisille (AZ)
9. Herbert Leonard (Mercury)
10. Crazy World Of Arthur Brown (Polydor)

1. Valse d'Ete
2. Baby Come Back
3. Rain And Tears
4. This Guy's In Love With You
5. Monja
6. Hey Jude
7. My Way Of Life
8. Tryin'
9. Pour Etre Sincere
10. Fire



auf
DKP-Kurs
?

Ich würde es begrüßen, wenn Ihr Jugendmagazin deshalb auch künftig über die Entwicklung der DKP objektiv informieren würde.

HORST KRÄMER (29), Vorsitzender des Kreisausschusses der DKP Solingen

In Ihrer letzten Ausgabe veröffentlichten Sie eine elan-extra-Beilage zur Neukonstituierung einer „Deutschen Kommunistischen Partei“. In der Vergangenheit haben Sie sich immer für die Wiederzulassung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik eingesetzt. So weit – so gut. Ich gehöre ebenfalls zu denjenigen, die die Schaffung der DKP begrüßen, ich würde es aber bedauern, wenn sich Ihre Zeitung jetzt zum Sprachrohr bzw. Organ dieser Partei entwickeln würde. Denn ich glaube, daß in diesem Falle viele Ihrer Abonnenten die Zeitung abstellen würden; deshalb würde mich interessieren, ob Ihr Organ zum DKPisten-Magazin werden wird oder wie in der Vergangenheit an die verschiedensten linken Kräfte, einschließlich der Gewerkschaftsjugend, sich wenden wird.

OTTO WAGNER, Frankfurt a/M.

In „elan“-extra 10/68 informieren Sie über die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei. Es wäre aber zu begrüßen, wenn Sie sich darüberhinaus einmal mit den Auswirkungen dieser legalen KP auf die Entwicklung innerhalb der Jugend der BRD befassen würden. Ich glaube, daß die Auseinandersetzungen in der Studentenschaft und der Arbeiterjugend über den Sozialismus durch eine KP viel an Klarheit gewinnen würden. Viele Vertreter kleinbürgerlicher Sozialismus-Vorstellungen, die ja gerade in der Studentenschaft an Boden gewonnen haben, werden sich nun endlich der offenen Auseinandersetzung mit Marxisten stellen müssen. Daß sich dabei, etnegen den Prophezeihungen der bürgerlichen Presse (die ja so gerne von der „jugendfrischen Linken“ abseits der KP's spricht), die marxistische Auffassung durchsetzen wird, steht für mich fest. Es ist also auch keine Frage, daß ich Mitglied der DKP werde.

HORST GOTTFRIED, Student, München

Lieber Karl Hubert Reichel. Meine Frage im Zusammenhang mit der Neukonstituierung der DKP lautet: Sag mir, wo Du stehst!?

MANFRED GNUSCHKE, Saarbrücken



Karl Hubert Reichel

Sag mir,
wo Du
stehst ?

hat zwei Augen, die Partei hat tausend Augen“, und „der Einzelne kann vernichtet werden, die Partei kann nicht vernichtet werden.“ Der Versuch, die Kommunisten per Gerichtsbeschuß aus dem politischen Leben unseres Landes auszuschalten, ist fehlgeschlagen. Jeder kann es sehen. Sichtbarer sind heute auch die Folgen und die Gefahren, die das Verbot der KPD heraufbeschworen hat. Die antikommunistische Frontstellung der bisherigen Bonner Anti-Links-Koalition hat dem Neonazismus den Weg geöffnet und eine gefährliche Entwicklung nach rechts zur Folge gehabt.

Wenn ich Neonazismus und Rechtsentwicklung sage, dann meine ich nicht nur die Reservearmee der Herrschenden, die sich in der NPD formiert. Ich meine Bendas antidemokratischen Notstand und Kiesingersfriedensgefährdenden Alleinvertretungsanspruch, Schröders atomare Ambitionen und die regierungsamtliche Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937, und nicht zuletzt meine ich den Entwurf des Franz Josef Strauß für ein kapitalistisches Europa bis zum Ural. Und schließlich meine ich den Versuch, die im Westen Deutschlands vollzogene Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse über die bestehenden Grenzen hinauszutragen, koste es, was es wolle.

In dieser Situation nehmen sich die Kommunisten das Recht, ihre politischen Vorstellungen und ihre Alternativvorschläge offen und legal zur Diskussion zu stellen. Ihre Vorschläge sind durchdacht. Der von ihnen vorgeschlagene Weg ist gangbar. In ihren Reihen ist Platz für alle, die im Widerspruch zu den Herrschenden und ihren politischen Sachwaltern stehen. Deshalb: Ich bin Mitglied der DKP.

Geht elan auf DPK-Kurs, weil sein Chefredakteur Mitglied dieser Partei ist? Werden Pfarrer Heintzeler oder Pastor Stuckmann oder Werner Weismantel ihren Sitz im Herausgeberkreis zugunsten von Max Reimann räumen?

Meine Antwort: Ich bin dafür – und ich stehe mit dieser Meinung offenbar nicht allein – daß Max Reimann Vorsitzender der DKP wird. Ich bin dafür, daß elan die Vorstellungen der Kommunisten unter die Lupe nimmt, daß unser Magazin seine Leser darüber informiert, was die Kommunisten wollen und was sie anzubieten haben. Das ist selbstverständlich für

eine Zeitschrift, die für junge Arbeiter gemacht wird. Ebenso selbstverständlich ist auch, daß sich am politischen Standort und an der Haltung des elan nichts ändern wird. Standort und Haltung werden von Herausgeber und Redaktion in fairer Zusammenarbeit bestimmt, und zwar im Rahmen eines Bündnisses, zu dem sich Christen, Sozialisten und Kommunisten zusammengefunden haben.

Nie war der Kampf um einen politischen Kurswechsel der Bundesrepublik so wichtig wie heute. Für diesen Kurswechsel werden wir weiterarbeiten, und zwar gemeinsam.

ren sein wird, sondern eine echte Bereicherung unseres gesamten politischen Lebens darstellt.

Das Jugendmagazin „elan“ wird in Bericht und Kommentar künftig auch die Vorstellungen der DKP an seine Leser herantragen. Das ist unsere Pflicht, wenn wir zur politischen Bewußtseinsbildung der Jugend in Betrieben, Schulen und Universitäten beitragen wollen.

Das bedeutet aber nicht, daß „elan“, was vielleicht einige befürchten, andere wieder erhoffen, zum Jugendorgan der DKP wird. Bisher waren wir an keine Partei gebunden, obwohl wir klare politische Ziele angesteuert haben und als Einzelpersonen verschiedenen Parteien angehören. Das wissen unsere Leser. Dabei wird es grundsätzlich bleiben, auch wenn in dem einen oder anderen Punkt neue Akzente gesetzt werden sollten.

Herausgeber und Redakteure verstehen sich als Bündnispartner. Wir wissen uns in entscheidenden Fragen politisch verbunden. Wir haben uns in gemeinsam geführter Diskussion auf bestimmte Positionen geeinigt. Der Kampf für eine lebendige, auf alle Bereiche der Gesellschaft ausgeweiteten Demokratie, die Verteidigung der Rechte aller Lohnabhängigen und die Suche nach einem stabilen Frieden im Nachkriegseuropa gehören dazu. Wir haben aber nie einen politischen Einheitsbrei serviert. Wir haben kritisch geprüft, wir haben unsere Nuancen in der Beurteilung mancher Ereignisse erkennen lassen. Mit anderen Worten: wir sind uns als gleichberechtigte Partner begegnet. Das wollen wir auch weiterhin praktizieren. Ich hielte das Gegenteil für ein Unglück. So aber können wir ein Beispiel für das angestrebte Bündnis möglichst vieler Demokraten geben. Wir wissen, daß die heute gestellten Aufgaben zu komplex und schwierig sind, als sie eine einzige Partei oder Gruppe lösen könnte. Dazu ist die Anstrengung aller demokratisch-oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik nötig. Dafür setzen wir uns ein – als Kommunisten, Sozialisten und Christen.

Wir bleiben also zusammen. Wir lassen uns nicht auseinanderbringen. Unser gemeinsamer Gegner, der eine demokratie- und friedensfeindliche Politik treibt, wird keine Gelegenheit haben, sich ins Fäustchen zu lachen.



Horst Stuckmann

Wo wollen
wir
hin ?

Herausgeberkreis und Redaktion von „elan“ haben sich in der Vergangenheit mit Leidenschaft und Argumenten gegen das KPD-Verbot gewandt. Wir haben darin einen Verlust an demokratischer Substanz in der Bundesrepublik, eine Verhöhnung des Widerstandskampfes gerade vieler Kommunisten gegen den Hitlerfaschismus und eine Diffamierung aller Opposition, auch der nichtsozialistischen erblickt.

Darum halten wir es für gut, daß sich Kommunisten wieder in einer legalen Partei betätigen wollen und hoffentlich können. Wir erwarten von der neuen DPK, daß sie durch ihre Existenz den Antikommunismus überwinden und politisch Andersdenkende zu durchdachten Alternativen ermuntern hilft. Wir hoffen nicht, daß sie nur eine Partei neben ande-

VoltaireHandbücher

herausgegeben von Bernward Vesper
Edition Voltaire, 6 Frankfurt am Main 70, Paul-Ehrlich-Str. 25

Arno Ploog
Napalm macht frei

60 politische Karikaturen zum Krieg in Vietnam
Mit Texten und Materialien von Jürgen Horlemann

Erstes Agitationsbuch, VoltaireHandbuch 9. DM 6.—



„Das Buch zielt nicht so sehr auf die Ereignisse in Vietnam, sondern benutzt sie, um das Bewußtsein der amerikanischen Invasoren zu entlarven, für das sich etwa der Einsatz von Napalm gegen Zivilisten als humane Aktion darstellt. Der satirische Angriff zielt auf die Ideologie der Invasoren, für die sich der Vietnamkonflikt als Modellfall darstellt für weitere Unterdrückungskriege in Asien, Afrika und Lateinamerika.“

Arno Ploog

„Jawohl meine Herren, nun haben wir im Bundestag endlich auch eindeutig zum Vietnamkrieg Stellung bezogen: Wir haben mehrere Male deutlich das Wort Vi... et... nam ausgesprochen!“

Hosch

druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273

„Hier ist Schneider, Deutsches Industrieinstitut, kann ich bitte das Archiv von elan sprechen?“ - „Ja, bitte?“ - „Ich möchte wissen, in welchen Ausgaben Vorabdrucke des Buches ‚Wie macht man Kriege?‘ von Karl Hubert Reichel erschienen sind. Wann wird das Buch denn endlich erscheinen?“ (Telefonat am 9. Oktober)



WIE MACHT MAN KRIEGE?

Karl Hubert Reichel

Von der Kanonenboot-Diplomatie Wilhelm II. zum Alleinvertretungsanspruch der Bonner Kanzler

Kriegsvorbereitung in Deutschland 1900-1968

Wie macht man Kriege?

Von Karl Hubert Reichel
Paperback, ca. 220 Seiten,

Wollen Sie wissen, warum dieses Buch Deutschlands Unternehmer nervös macht? Dann senden Sie uns noch heute Ihre Vorbestellung!

Vorbestellung

Ich bestelle Expl. WIE MACHT MAN KRIEGE? Den Betrag von 7,60 DM zuzügl. Versandkosten zahle ich auf Ihr Postscheckkonto:

Frankfurt/M. 203290 Weltkreisverlag / Ich wünsche Zusendung per Nachnahme (Nicht-zutreffendes streichen).

Name:

Vorname:

Ort:

Straße:

Unterschrift: